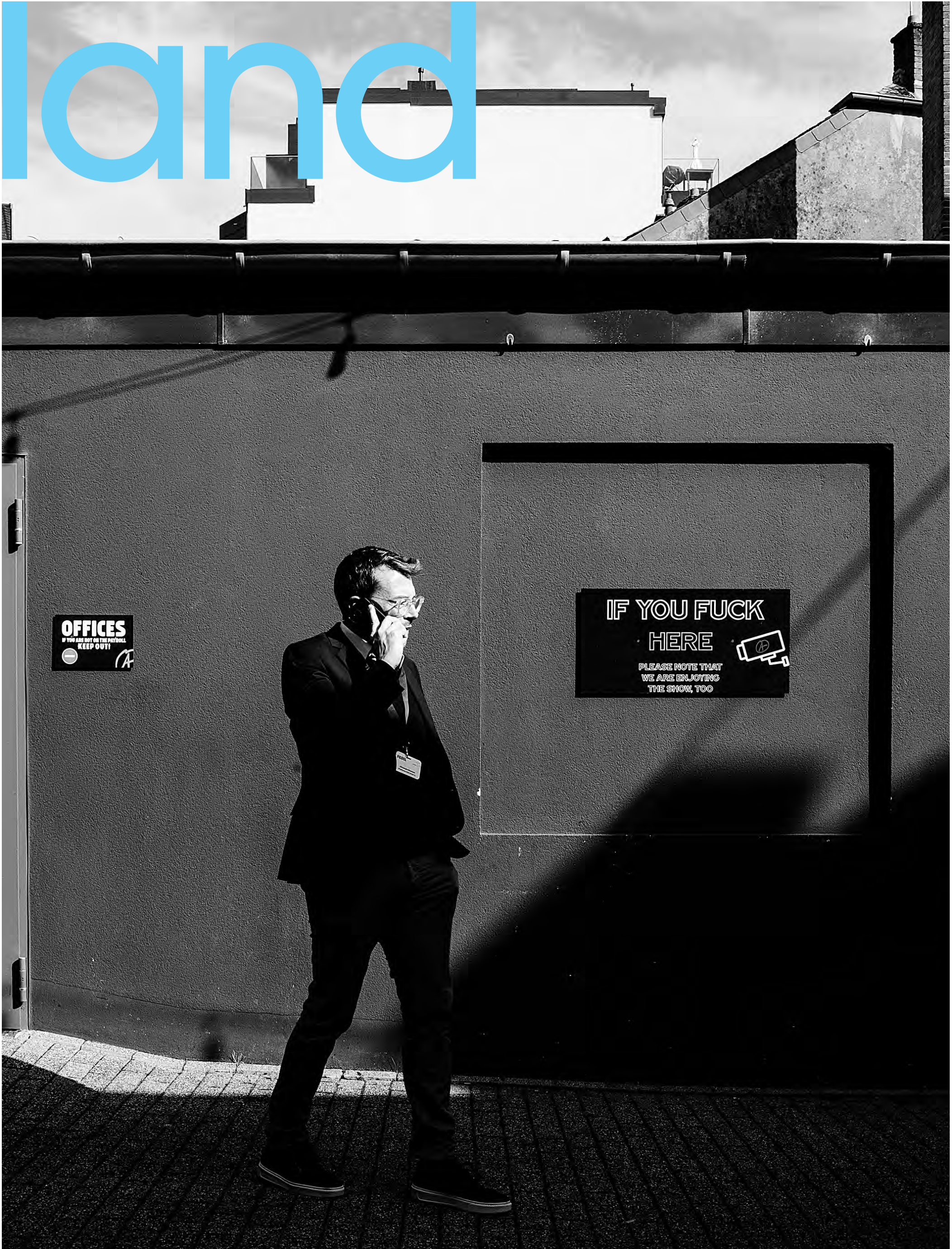




POLITIK „Verantwortungsvolle Einwanderungspolitik“ Innenminister Léon Gloden (CSV) über Grenzkontrollen, verwaltungsrechtliche Maßnahmen gegen Bettelnde sowie die gerechte Verteilung der Gemeindefinanzen S.3	Pas un simple fait divers Le féminicide dans le Code pénal : Une inscription « redondante », selon le ministère de la Justice S.7	WIRTSCHAFT Satisfy me, baby La Fedil rend hommage au rock, à Super Mario et au volontarisme gouvernemental S. 9	Le grand repli Tout l’été, l’archevêché a fait comme si l’affaire Caritas ne le concernait pas. En parallèle, PWC a concocté une nouvelle structure qui n’a plus rien à voir avec l’Église catholique S. 11	FEUILLETON Dativ, Duden, Deutsch Der Status der deutschen Sprache in Luxemburg wandelt sich. Verliert sie an Relevanz? S.13
--	---	--	---	--



LEITARTIKEL

Jetzt geht's los

IIII Peter Feist

Wenn es sein muss, ist Michel Reckinger Linkskatholik. Am Montag gab der Präsident der Union des entreprises luxembourgeoises (UEL) *RTL-Radio* ein Interview zu den Renten. Und sagte, in Luxemburg liege die Lohnersatzrate der Renten bei 86 Prozent. „Dat heescht, 86 Prozent vun der Pai, déi Dir herno an der Pensioon kritt.“

86 Prozent sind eine ziemliche Menge. Wenn man will, mehr als die berühmten „fünf Sechstel“, die bis 1998 allen pensionierten Beamten winkten und das ADR inspirierten. Denn fünf Sechstel sind 83,3 Prozent. Oder sollte der UEL-Präsident die besonders kleinen Renten im Privatsektor gemeint haben? Und wie passt das dazu, dass die UEL im Juli in ihrer „Contribution patronale“ zum Renten-Gutachten des Wirtschafts- und Sozialrats (WSR) 75 Prozent Ersatzrate geboten hatte – Stand 2022 und „pour un homme ayant un salaire moyen“? Auf Nachfrage klärt die UEL auf: Michel Reckinger habe sich im „Handbuch zur Rentenreform“ der Zeitschrift *Forum* informiert. Dort stünden die 86 Prozent als Netto-Lohnersatzrate. Die UEL wiederum habe im WSR-Bericht von Brutto gesprochen. Man versteht: Es hat zwar nicht viel Sinn, Netto mit Netto zu vergleichen, wenn man nicht angibt, welche Steuern auf Brutto anfielen, aber 86 Prozent sehen auf jeden Fall nach einem großzügigeren System aus als 75 Prozent, und da kann man schon mal ein bisschen schummeln, wenn es der eigenen Sache dient.

In den nächsten Wochen und Monaten dürften viele solcher Zahlen in den Raum geworfen werden, von allen möglichen Seiten her. CSV-Sozialministerin Martine Deprez hat diese Woche die Einladungen zur „Konsultation“ über die Renten verschickt. Premier Luc Frieden wünschte sich am 4. September beim Pressebriefing nach dem Regierungsrat eine „respektvolle“ Debatte. Er sagte das insgesamt vier Mal, als sei es nicht selbstverständlich. Ist es wahrscheinlich auch nicht. Der Rentenreform von 2012 war eine Konsultation über die Tripartite vorausgegangen, die schon 2007 begann. Verglichen damit kommt die Reform jetzt aus heiterem Himmel. Kein Wunder, dass die Regierung sie noch gar nicht so nennen möchte, sondern erst, wenn nächstes Jahr ein „Resümme“ der Konsultation geschrieben sein und die Koalition sich auf einen Reformvorschlag geeinigt haben wird. Doch für die Regierung gilt auch: Je mehr Kontroversen es gibt und je aufgeheizter die Atmosphäre wird, umso eher wird sie ihren Vorschlag als den einzig gangbaren Mittelweg verkaufen können. 2012 lief es ähnlich. Der damalige LSAP-Sozialminister Mars Di Bartolomeo bugsierte seine „Pension à la carte“ schlau durch alle Konflikte. Obwohl damit die Rentenleistungen auf das Niveau von vor der Reform von 1987 zurückgefahren werden. Die Brutto-Lohnersatzrate einer Rente auf den einfachen Brutto- Mindestlohn wurde um 13 Prozent gekürzt; die Ersatzrate der höchsten Renten auf einen fünffachen Brutto-Mindestlohn um 15,75 Prozent. Allerdings wurde alles über 40 Jahre gestreckt. Doch man erhält einen Eindruck von der Bedeutung der „Prozente“ im Lohnersatz.

Und wenn die Regierung bei dem bleiben will, was Martine Deprez Anfang des Jahres gegenüber dieser Zeitung angedeutet hat – die 40 Jahre Streckung der Reform von 2012 um 20 Jahre stauchen –, dann steht für Aktive, die heute in den Vierzigern sind, einiges auf dem Spiel. Politisch noch schwieriger wird das Vorhaben, weil auch über die Renten im öffentliche Sektor gesprochen werden muss. Bisher hat die Regierung vermieden, darauf einzugehen. Doch wenn die 2012 abgemachte allmähliche Rentensenkung beschleunigt werden soll, werden die Beamtenkarrieren, für die es keine Beitragsbemessungsgrenze auf die Bruttobezüge gibt und woraus höhere Pensionen folgen können als im *Privé*, ein Kapitel für sich. Nicht auszuschließen, dass es dazu in den sozialen Medien hoch her gehen wird. Gut möglich, dass Luc Frieden vor allem das meinte, als er sich eine „respektvolle“ Debatte wünschte. ●



„Wir machen eine verantwortungsvolle Einwanderungspolitik“

III Interview: Luc Laboulle

Innenminister Léon Gloden (CSV) über Grenzkontrollen im deutschen Wahlkampf, verwaltungsrechtliche Maßnahmen gegen Bettelnde und Obdachlose sowie die gerechte Verteilung der Gemeindefinanzen

d’Land: Um die Migration zu begrenzen, hat die deutsche Bundesregierung am Dienstag auf Druck der CDU beschlossen, für mehrere Monate Kontrollen an allen Grenzen durchzuführen. Welche Folgen hat das für Luxemburg?

Léon Gloden: Bundesinnenministerin Nancy Faeser hat mich am Montag schriftlich über die Grenzkontrollen in Kenntnis gesetzt. Ich verstehe diesen Brief so, dass auf den Grenzbrücken keine Kontrollen durchgeführt werden, sondern nur sporadisch innerorts auf deutschem Staatsgebiet. Nancy Faeser weist auch ausdrücklich darauf hin, dass es nicht zu einer Behinderung des Personen- und Güterverkehrs kommen soll. Ich hoffe, dass das auch so klappt. Ich habe die Polizeidirektion angewiesen, mit ihren deutschen Kollegen Kontakt aufzunehmen, um sich über die Abläufe auszutauschen.

Wie lautet denn Ihre politische Einschätzung dieser Maßnahme? Hilft sie wirklich beim Schutz der inneren Sicherheit? Oder ist es eher eine Reaktion von CDU und Bundesregierung auf die rezenten Wahlerfolge der AFD in Thüringen und Sachsen?

Ich mische mich nicht in die deutsche Innenpolitik ein. Der Schengen-Kodex enthält Bestimmungen, die solche Kontrollen erlauben. Die deutsche Regierung muss entscheiden, ob sie diese Kontrollen vertreten kann. Die einzelnen Parteien haben sich ja dazu positioniert. Es ist Wahlkampf in Deutschland, das nehme ich zur Kenntnis.

CDU und Polizeigewerkschaft erwarten sich von den Kontrollen einen „Dominoeffekt“, der andere Staaten ebenfalls dazu veranlassen würde, ihre Binnengrenzen zu schließen, zumindest bis der EU-Migrationspakt zur Sicherung der europäischen Außengrenzen umgesetzt ist. Macht Luxemburg dabei mit?

Meine Verantwortung ist es, dafür zu sorgen, dass Luxemburg den EU-Migrationspakt so schnell wie möglich umsetzt. In den vergangenen Monaten haben wir im Innenministerium Teams dafür zusammengestellt. Es ist klar, dass an den Außengrenzen verstärkt kontrolliert werden muss, damit die Binnengrenzen offen bleiben können. Wir machen eine verantwortungsvolle Einwanderungs- und Asylpolitik, das heißt: Die Menschen, die nach Luxemburg kommen und eine Aussicht auf Asyl haben, müssen aufgenommen und integriert werden. Die, die keine Aussicht auf Schutz haben, müssen so schnell wie möglich zurückgeführt werden, sei es in ihr Herkunftsland oder in das Land, in dem sie ihren ersten Antrag gestellt haben.

Sie haben kürzlich die erste Maison de retour in der Notunterkunft Shuk eröffnet und damit eine langjährige Forderung des Flüchtlingsrats umgesetzt. Allerdings hatten die NGOs sich etwas anderes davon erwartet; manche behaupten, sie hätten lediglich das Schild gewechselt. Im *RTL Radio* sagten sie vergangene Woche, Sie wollten Menschen, die zurückgeführt werden sollen, an einem Ort versammeln, um sie auf ihre Rückkehr vorzubereiten. Ist die Shuk der geeignete Ort dafür?

Jean Asselborn wollte eine Maison de retour, hat sie aber nie eingerichtet. Zurzeit wohnen in den Flüchtlingsunterkünften des Office national de l’accueil noch Menschen, die den Flüchtlingsstatus nicht haben. Sie leben dort zusammen mit Menschen, die noch auf den Flüchtlingsstatus warten, und solchen, die ihn bereits haben. Dadurch erhalten sie das Gefühl, dass sie hier bleiben können. Um klare Verhältnisse zu schaffen, haben wir gemeinsam mit DP-Familienminister Max Hahn die Shuk in eine Maison de retour umgewandelt. Dort können wir Erfahrungswerte sammeln und die Menschen besser auf die Rückkehr in ihr Heimatland oder Erstaufnahmeland vorbereiten. Der Unterschied zum Centre de rétention ist, dass sie sich tagsüber frei bewegen können.

Bislang waren ausschließlich Männer in der Shuk beziehungsweise der Maison de retour untergebracht. Ab dem 1. Oktober sollen auch Frauen und Kinder kommen. In Belgien beispielsweise sind solche Unterkünfte in Einfamilienhäusern eingerichtet, um insbesondere Kindern ein besseres Umfeld zu bieten. Wäre diese Lösung nicht humaner?

Bei der Maison de retour in der Shuk handelt es sich um ein erstes Projekt. Mittel- bis langfristig wollen wir kleinere Strukturen schaffen, doch dafür brauchen wir Grundstücke und Immobilien in den einzelnen Gemeinden. Bis dahin versuchen wir, den Kindern den Aufenthalt so „angenehm“ wie möglich zu machen.

Im Regierungsprogramm steht, dass Asylantragsteller „équitablement à travers le pays“ aufgeteilt werden und alle Gemeinden sich solidarisch am Bau von Unterkünften beteiligen sollen. In der Vergangenheit stießen solche Unterkünfte des Öfteren auf den Widerstand der lokalen Bevölkerung. Wie wollen Sie das künftig ändern?

Das fällt in die Kompetenz des Familienministers, aber ich weiß, dass er Gespräche mit vielen Gemeinden führt, um sie zu überzeugen, und dass mittelfristig die eine oder andere neue Struktur eröffnet wird.

Die Regierung hat sich vorgenommen, die Asylprozeduren so kurz wie möglich zu halten. Obwohl Italien seit 2022 keine Dublin-Fälle mehr zurücknimmt, stellt Luxemburg weiter Anträge an die Regierung Giorgia Melonis. Dadurch verzögert die Asylprozedur sich in der Regel um sechs bis acht Monate. Wieso suchen Sie für diese Fälle nicht eine andere – schnellere – Lösung?

Insgesamt haben wir dieses Jahr bis Ende August 147 Dublin-Fälle rückgeführt. Natürlich muss das Solidaritätsprinzip gelten, aber es darf nicht sein, dass, weil ein Land seine Verpflichtungen nicht erfüllt, Menschen in einem anderen Land bleiben dürfen. Damit würden wir den ganzen Dublin-Mechanismus außer Kraft setzen und das können wir nicht akzeptieren. Umso wichtiger ist es, dass der EU-Migrationspakt mit seinen Solidaritätsmechanismen schnell umgesetzt wird, um diese Probleme zu lösen. Die Reform der Rückführungsrichtlinie wurde zwar vom EU-Parlament verworfen, aber viele

Wir ändern nicht nur das Schild, sondern setzen ein Versprechen aus dem Koalitionsabkommen um. Schon

[...]

[Fortsetzung von Seite 3]

Länder wollen, dass diese strengerer Rückkehrregelungen angewandt werden, deshalb müssen wir in den nächsten Monaten diesbezüglich eine Lösung finden.

Seit Ihrem Amtsantritt als Innenminister haben Sie sich der Kriminalitätsbekämpfung in der Hauptstadt verschrieben. Laut einer Bürgerinitiative hat sich die Sicherheitslage im hauptstädtischen Bahnhofsviertel trotz erhöhter Polizeipräsenz nicht verbessert. Wie schätzen Sie selbst die Lage dort ein?

Die Polizeipräsenz ist ein überaus wichtiger Aspekt der Sicherheitspolitik. Wir haben jetzt 90 neue Netto-Stellen für Polizisten geschaffen, also zusätzlich zu denen, die ersetzt werden müssen, weil sie in Rente gehen. Dadurch können wir die Bürgernähe und die Prävention verbessern. Ich habe zwei Mal Nachtpatrouillen der Polizei in der Stadt Luxemburg und in Esch/Alzette begleitet. An dem Abend, als ich mit den Polizistinnen und Polizisten im hauptstädtischen Bahnhofsviertel unterwegs war, fand ich es persönlich ziemlich ruhig. Die Polizei nimmt relativ viele Drogendealer fest, wie man fast täglich im Polizei-Bulletin lesen kann.

Die ADR und ihre Jugendorganisation fordern, dass die Nationalität von mutmaßlichen Straftätern veröffentlicht werden soll. Wie denken Sie darüber?

Ich halte nicht viel davon, eine Unterscheidung zu machen, ob ein Luxemburger, ein EU-Bürger oder einer aus einem Drittstaat festgenommen wird. Wer eine Straftat begeht, muss strafrechtlich verfolgt werden. Für das Opfer spielt es keine Rolle, welche Nationalität der mutmaßliche Täter hat. Es geht darum, dass der Rechtsstaat respektiert wird.

In diesem Jahr hat die Polizei bereits mehrere Großeinsätze im Bahnhofsviertel durchgeführt. Die Ausbeute war jedes Mal gering und die Aktionen haben die Sicherheitslage offensichtlich nicht nachhaltig verbessert. Was ist der Sinn davon?

Diese Großeinsätze werden in regelmäßigen Abständen organisiert, sei es im öffentlichen Raum oder, wie kürzlich, in der Tram. Jedesmal wird eine gewisse Menge an Drogen beschlagnahmt. Ich glaube schon, dass solche Einsätze eine Wirkung haben, das spricht sich schnell herum und dann kommen vielleicht weniger Dealer nach Luxemburg. Dieser Effekt entfaltet sich aber nur, wenn Großeinsätze regelmäßig durchgeführt werden.

Seit Juli läuft in der Stadt Luxemburg und Esch/Alzette das Pilotprojekt der Unité de Police locale, die zwar das Sicherheitsgefühl erhöht, aber wohl wenig

„An dem Abend, als ich mit der Polizei im Bahnhofsviertel unterwegs war, fand ich es persönlich ziemlich ruhig“

an der tatsächlichen Sicherheitslage ändert. Wie sinnvoll ist diese Maßnahme?

Ende des Jahres werden wir das Pilotprojekt evaluieren. In der Hauptstadt trifft sich die Polizei fast wöchentlich mit Bürgermeisterin Lydie Polfer zur Lagebesprechung, in Esch fanden bislang drei oder vier Treffen mit Bürgermeister Christian Weis statt. Es ist schon wichtig, dass die Polizei draußen wahrgenommen wird. Wenn ich durch die Straßen gehe, erhalte ich positives Feedback, die Leute freuen sich, dass die Polizei zu Fuß durch die Stadt patrouilliert. Ich bin überzeugt davon, dass wir dieses Konzept in Zukunft noch ausbauen müssen. Die Police locale ist ein Baustein, um die Polizeipräsenz auf dem Terrain zu verbessern.

Könnte die Police locale künftig auch auf andere Städte und Gemeinden ausgedehnt werden?

Selbstverständlich. Wenn Gemeinden einen Bedarf dafür haben, können sie das bei uns beantragen. Natürlich müssen wir nach der Pilotphase erst das Polizeigesetz anpassen, um eine rechtliche Grundlage dafür zu schaffen.

Ursprünglich sollte die Police locale dem Bürgermeister unterstehen. Wieso wurde das verworfen?

Bislang handelt es sich ja lediglich um ein Pilotprojekt. Dieser Punkt muss in der Evaluation diskutiert werden. Bisher läuft es so, dass die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister den Verantwortlichen des Kommissariats anruft, wenn er oder sie ein Anliegen hat. Der gibt die Anweisungen dann an die Polizisten weiter.

Mit der Hinterlegung des Gesetzentwurfs zum sogenannten „Platzverweis renforcé“ wollen Sie die Mittel der Polizei erweitern. Was ist eigentlich der Unterschied zum „Platzverweis light“, den ihr Vorgänger Henri Kox vor zwei Jahren eingeführt hat?

Der Polizei und der Polizeigewerkschaft ging der „Platzverweis light“ nicht weit genug. In seiner aktuellen Form ist er unwirksam und unpräzise, weil er keine konkreten Modalitäten vorsieht. Er legt keine Dauer und keine Entfernung fest, nach der Menschen des Platzes verwiesen werden können. Auch sind nur Personen betroffen, die einen Eingang blockieren. Künftig werden wir den Platzverweis auf andere Tatsachen ausweiten: Wenn jemand etwa im öffentlichen Raum uriniert oder denkt, er müsse sein Zelt dort aufrichten oder kochen. Prozedural legen wir fest, dass jemand für 48 Stunden einen Kilometer weit verwiesen werden kann, und es wird ein Bericht verfasst, aufgrund dessen zum Beispiel die Bürgermeisterin der Stadt Luxemburg eine auf 30 Tage befristete Entfernungsmassnahme ergreifen kann. Unter bestimmten Umständen kann die Maßnahme aber zeitweise ausgesetzt werden, etwa wenn die betroffene Person in dieser Zeit zum Arzt muss. Ich möchte auch betonen, dass es sich nicht um eine strafrechtliche, sondern um eine verwaltungsrechtliche Maßnahme handelt.

In Ihrem Gesetzentwurf steht, dass die Polizei eine Person des Platzes verweisen kann, wenn diese sich „de manière à troubler la tranquillité, la salubrité ou la sécurité publiques“ benimmt. Ist diese Formulierung nicht sehr willkürlich gewählt?

Die Polizei ist immer dazu verpflichtet, proportionale Maßnahmen zu ergreifen und ich vertraue den Polizisten, dass sie das auch tun. Sie werden ja geschult, um mit dem notwendigen Fingerspitzengefühl vorzugehen.

Ist es nicht trotzdem ein indirekter Aufruf an die Bürger/innen, jedes Mal die Polizei zu rufen, wenn ihnen etwas nicht passt?

Wenn die Polizei kommt, stellt sie fest, ob eine Störung vorliegt oder nicht. Wenn keine Störung vorliegt, teilt sie dem Bürger mit, dass sie nichts tun kann.

Wenn eine Person 48 Stunden oder 30 Tage eines Platzes verwiesen wird, wo soll sie dann hin? Und wie lässt sich kontrollieren, ob sie sich tatsächlich daran hält?

Kontrollen sind ganz einfach durchzuführen, die Polizei braucht nur ein paar Mal an den Ort zu fahren und zu überprüfen, ob die Person noch da sitzt. Der Regierung ist es wichtig, dass die Verweise schnell und unkompliziert durchgeführt werden können. Wenn wir das jetzt strafrechtlich regeln würden, müsste jemand festgenommen werden, die Staatsanwaltschaft würde eingeschaltet. Das wäre unverhältnismäßig gegenüber dem Vergehen. Die Polizei braucht schnelle und effiziente Mittel, natürlich immer im Rahmen des Rechtsstaats. Der Platzverweis ist keine Wunderlösung, aber er wird der Polizei dabei helfen, gegen diese Vergehen vorzugehen.

Diese Woche hat die Regierung offiziell die Renten-debatte eröffnet. Als Innenminister sind Sie zuständig für die Renten im Gemeindesektor: Die Caisse de prévoyance des fonctionnaires et employés communaux (CPFEC) ist seit 2016 im Defizit, Ihre Vorgängerin Taina Bofferding (LSAP) hob vergangenes Jahr den Beitragssatz für die Gemeinden und den des Gemeinden-Dotationsfonds kräftig an. Am 30. Januar sagten Sie im Parlament, „wenn wir nichts ändern“, gebe es 2027 ein Defizit von 95 Millionen Euro, und Sie kündigten den Einsatz einer Task Force an. Was ist seitdem passiert?

Die Arbeitsgruppe wurde eingesetzt, die Diskussionen haben begonnen, doch konkrete Lösungsansätze kann ich Ihnen noch keine nennen.

Aber welche Möglichkeiten bieten sich denn überhaupt? Außer einer weiteren Beitragserhöhung für die Gemeinden...

Im Juli 2013 mit Serge Wilmes beim CSV-Wahlkonvent in Ettelbrück



Patrick Galbats



Im März mit seinem Vorgänger Jean-Marie Halsdorf beim CSV-Kongress in Hesperingen

Eine andere Möglichkeit wäre, dass der Staat mehr einbezahlt oder die CPFEC in eine andere Rentenkasse transferiert wird. Ich muss gestehen, dass ich kein Spezialist in Rentenfragen bin, aber in der Arbeitsgruppe sind Experten aus dem Innenministerium, aus anderen Ministerien, vom Syvicol und von der Stadt Luxemburg, die an einer Lösung arbeiten.

Sie haben kürzlich die Gemeindefinanzen etwas umverteilt. Diekirch und Ettelbrück bekommen künftig zehn Prozent, Erpeldingen/Sauer und Mondorf fünf Prozent aus dem globalen Dotationsfonds, während die anderen 96 Gemeinden leicht verlieren. Ist das nicht ungerecht?

Ein großherzogliches Reglement, das noch von der Vorgängerregierung erlassen wurde, sieht vor, dass Mondorf und die Nordstad – also Ettelbrück, Diekirch und Erpeldingen/Sauer – landesplanerisch als Centre de développement et d’attraction (CDA) eingestuft werden und deshalb Anrecht auf mehr Geld haben. Natürlich wollten alle drei Nordstad-Gemeinden 25 Prozent, doch das habe ich abgelehnt, weil die Fusion ja erst bevorsteht und die Nordstad insgesamt 25 Prozent erhalten soll. Also haben die drei Gemeinden die 25 Prozent unter sich aufgeteilt. Das macht insgesamt sieben Millionen Euro aus, was nicht die Welt ist, vor allem wenn man bedenkt, dass der Dotationsfonds in den letzten Jahren ständig gewachsen ist.

Landgemeinden mit großer Fläche und wenig Einwohner/innen fühlen sich seit der Gemeindefinanzreform von 2017 benachteiligt, insbesondere wegen des vom damaligen LSAP-Innenminister Dan Kersch eingeführten Verteilungsschlüssels der „population ajustée“, der neben dem CDA-Status auch der Bevölkerungsdichte bei der Verteilung Rechnung trägt. Wollen Sie deren Einwände in einer größeren Reform berücksichtigen?

Ich werde darüber mit DP-Landesplanungsminister Claude Meisch diskutieren. Mir ist aber wichtig: Ein Bürger

„Ein Bürger ist ein Bürger und ein Schüler ist ein Schüler, egal ob er in der Stadt Luxemburg, im Ösling, im Süden, Norden oder Osten lebt“

ist ein Bürger und ein Schüler ist ein Schüler, egal ob er in der Stadt Luxemburg, im Ösling, im Süden, Norden oder Osten lebt. Dieser Überlegung müssen wir in Zukunft Rechnung tragen.

Laut Regierungsabkommen wollen Sie den Gemeinden, unabhängig davon, ob sie urban oder ländlich sind, eine größere finanzielle Flexibilität geben. Hängt das mit der Reform der Grund- und Mobilisierungssteuer zusammen?

An dieser Reform arbeiten wir sehr aktiv.

Können Sie vielleicht einige Details nennen?

Die Grundsteuer wird vom Innenministerium erstellt, sie geht aber integral an die Gemeinden. Die Mobilisierungssteuer geht hingegen an den Staat. Technisch und logistisch ist die Umsetzung nicht ganz leicht: Einerseits entwickeln wir die Software, parallel dazu schreiben wir die Gesetzestexte, beide Bereiche müssen ineinander übergreifen.

Bleibt das System mit den Hebesätzen, die jede Gemeinde autonom festlegen kann, bestehen?

Es ist eine Kombination aus unterschiedlichen Sätzen, die sich auch nach der geografischen Lage und der Bevölkerungsdichte der jeweiligen Gemeinden orientieren. Darüber hinaus haben die Gemeinden aber einen gewissen Spielraum. Als früherer Bürgermeister weiß ich, dass die Gemeinden Interesse daran haben, die Sätze nicht zu hoch anzusetzen, wenn sie Betriebe anziehen wollen.

Niederanven und Leudelingen hatten Einspruch beim Verwaltungsgericht eingelegt, weil sie viel wirtschaftliche Aktivität auf ihrem Territorium haben und sich bei der Verteilung der staatlichen Zuschüsse benachteiligt fühlen. Wollen Sie eine grundlegende Reform der Gemeindefinanzierung durchführen?

Manche Gemeinden haben riesige Handwerker- und Industriezonen, erhalten aber vergleichsweise wenig an kommunaler Gewerbesteuer. Über diesen Punkt wird man einmal diskutieren müssen, ohne jedoch das Solidaritätsprinzip grundsätzlich infrage zu stellen.

In seiner Rede zur Lage der Nation hatte Premier Luc Frieden ein einheitliches Bautenreglement in Aussicht gestellt. Wissen Sie schon, wie Sie das umsetzen wollen? Ob seine Einführung Pflicht oder freiwillig sein soll?

Gegenwärtig hat jede Gemeinde ihr eigenes Bautenreglement. Ein einheitliches Reglement zu schaffen ist ein Baustein der Prozedurenvereinfachung, die die Regierung umsetzen will. Es soll per Gesetz oder Verordnung festgelegt werden, den Gemeinden aber verschiedene Optionen bieten, die ihren Besonderheiten Rechnung tragen. Eine frühere Festungsstadt hat beispielsweise andere Beschränkungen als eine Landgemeinde, die auf einer flachen Hochebene liegt. Nichtsdestotrotz wollen wir so viele Regeln wie möglich harmonisieren. Letztendlich ist es auch eine Kostenfrage für den Bürger, der bauen will, wenn der Architekt oder Bauplaner nicht mit unzähligen unterschiedlichen Bautenreglements arbeiten muss. ●

Sven Becker

B L O G



ENERGIE

Die alten AKW

Ein höflich formuliertes, aber ziemlich vernichtendes Gutachten über den Weiterbetrieb alter französischer AKW der Cattenom-Klasse hat die Division de la radioprotection (DRP) im Gesundheitsamt geschrieben. Der Regierungsrat nahm es am Mittwoch an, machte es nach der Sitzung publik und fügte hinzu, die Anlage in Cattenom gehöre „geschlossen“; die belgischen in Tihange und Doel auch. Für diese politische Forderung liefert der Text der DRP eine fachliche Basis. Manche Einwände lesen sich technisch, wie der Hinweis auf nicht adäquate Filter.

Immer wieder aber nennt die DPR zeitgenössische Druckwasser-AKW die überlegenere Technologie. Zum Beispiel wegen ihrer „coque avion“ über dem Reaktor, die Schutz gegen Flugzeuge oder Kamikaze-Drohnen bieten soll. Die DRP fügt an, laut offiziell verfügbarer Dokumentation habe Betreiberin EDF die Gefahr von „actes d’agression externes“ auf die alten AKW offenbar nicht analysiert. Der Verweis auf modernere Technologien passt andererseits zu der politischen Unterstützung, die CSV-Premier Luc Frieden der französischen Regierung im Frühjahr in Sachen Kleinst-Reaktoren gab. ^{PF}

AUSSEN POLITIK

Terre brûlée

Interrogé sur la conduite des affaires par son successeur au ministère des Affaires étrangères, Jean Asselborn (LSAP) répond traditionnellement qu’il ne veut pas « jouer la

belle-mère ». Mais, dans la dernière édition de *Revue*, parue le weekend dernier, le chef de la diplomatie luxembourgeoise de 2003 à 2023 poursuit exceptionnellement son propos au sujet de la politique de Xavier Bettel (DP) au Proche-Orient. « 20 Jahre lang haben wir an einer deutlichen Position gefeilt. Die wurde jetzt zerstört, » a lâché Jean Asselborn (photo : sb) en référence aux manœuvres dilatoires de la coalition CSV-DP pour ne pas reconnaître l’État palestinien en même temps que les anciens États alliés du Luxembourg sur ce principe et alors que le Grand-Duché, à l’instar de l’Union européenne, se dit favorable à une solution à deux États. Asselborn avait cousu une politique étrangère favorable à la cause palestinienne dans une sorte de cohabitation avec des chefs de gouvernement (Jean-Claude Juncker, CSV, puis Xavier Bettel) qui n’y étaient pas franchement sensibles. Depuis la fin des années 1970 et (le libéral) Gaston Thorn, le Luxembourg a plaidé pour l’autodétermination du peuple palestinien (aux

côtés de l’État d’Israël). Le Luxembourg attend le moment opportun pour reconnaître la Palestine. Le massacre (plus de 40 000 morts dont 70 pour cent de femmes et enfants) commis par Tsahal sur la bande de Gaza en représailles de l’attaque du Hamas le 7 octobre a paru pour les like-minded states un moment idoine pour affirmer la souveraineté des Palestiniens sur un territoire de plus en plus accaparé par Israël. Luc Frieden et Xavier Bettel ne font rien qui pourrait contrarier Benyamin Netanyahu et son gouvernement extrémiste. « Das stört mich ein wenig », ironise Jean Asselborn dans *Revue*. Face au *Land* lundi, Jean Asselborn estime qu’un cessez-le-feu interviendra quand l’Ouest cessera de livrer des armes à Israël. ^{PSO}

PERSONALIE

Tom Haas,

Wirtschaftswissenschaftler, wurde diese Woche vom Regierungsrat zum neuen Direktor des Stater



Er ersetzt Serge Allegrezza, der 2003 unter DP-Wirtschaftsminister Henri Grethen die Leitung des Statistikamts übernommen hatte und Ende Oktober in Rente geht. Nach einem Master an der Paris School of Economics war der heute 41-jährige Tom Haas (Foto: Stater) 2012 zum Stater gekommen. 2020 stieg er zum Chef-Prognostiker auf, vergangenes Jahr übernahm er die Leitung der Abteilung Konjunktur, Modellierung und Prognosen und wurde Mitglied des Direktionskomitees. Die Luxemburger Wirtschaft stehe vor Herausforderungen wie dem Erhalt der Kompetitivität, der Beschleunigung der Energietransition und einer immer älter werdenden Bevölkerung, stellte DP-Wirtschaftsminister Lex Delles diese Woche in einer Mitteilung fest: „Le Stater joue un rôle clé pour dresser une image détaillée, fiable et objective de la société luxembourgeoise qui aide les décideurs à opérer des choix éclairés pour répondre à ces défis.“ ^{LL}

GESUNDHEIT

Kräftiger Schubs

Die „große Mehrheit“ der Ärzt/innen werde nächstes Jahr das Paiement immédiat direct benutzen. Dafür will die CNS sich einsetzen,

wie ihr Präsident Christian Oberlé dem *Land* erklärte. Im Moment sind es knapp 400, was noch weit entfernt liegt von den über 2 100 mit „activité significative“. Die CNS sei aber dabei, eine engere Zusammenarbeit mit den IT-Firmen aufzubauen, die das PID in die Praxis-Software der Ärzt/innen integrieren, so Oberlé. Und einen „kräftigen Schubs“ werde es geben, wenn die vier Akutspital-Gruppen es für ihre Ärzt/innen einführen: In den Schuman-Krankenhäusern wird das PID bereits genutzt. CHL, Chem und CHDN würden es „demnächst“ in Betrieb nehmen, zunächst zur Abrechnung ambulanter Behandlungen. ^{PF}

STADT PLANUNG

Esch geht nicht in Berufung

Die Stadt Esch geht nicht in Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts, das das 2021 von CSV, DP und Grünen beschlossene Verbot zur Einrichtung von Einliegerwohnungen in 4 000 im PAP Quartier existant grün eingefärbten Einfamilienhäusern Ende Juli gekippt hatte (*d’Land*, 9.8.2024). Das teilten CSV-Bürgermeister Christian Weis und Grünen-Schöffe Meris Sehovic diese Woche auf einer Pressekonferenz mit. Das Hauptargument des Schöffenrats, auf die Berufung zu verzichten, lautet, dass die Nachfrage von Eigentümern, Einliegerwohnungen einzurichten, quasi inexistent sei. Was aber auch damit zu tun haben könnte, dass das bis zum Urteil des Verwaltungsgerichts offiziell in Esch verboten war. ^{LL}

Fokus

Seit dem Frühling laufen zwischen dem Bildungsministerium und den Direktionen der Grund- und Sekundarschulen Gespräche über das Smartphone an der Schule. Nun gibt das Bildungsministerium verbindliche Leitlinien heraus: In der Grundschule und den Maison Relais werden ab Ostern 2025 keine Smartphones oder Smartwatches mehr geduldet, in der Sekundarschule müssen die Geräte für alle Klassen von *Septième* bis *Première* während des Unterrichts gesperrt werden. Was einige Schulen, etwa das Lycée Ermesinde und die Europaschule bereits umsetzen, wird somit überall zum Standard. „Es muss eine visuelle und physische Distanz zum Smartphone geben“, erklärt Claude Meisch im Gespräch mit dem *Land*. Eine gewisse Flexibilität will der liberale Minister den Schulen lassen; so empfiehlt er, punktuell im Conseil d’éducation der jeweiligen Schule, gemeinsam darüber nachzudenken, was Sinn ergeben könnte; beispielsweise weitere

Einschränkungen für jüngere Schüler/innen oder ein Handyverbot in der Kantine. Grund für die Leitlinien sind das enorme Ablenkungspotenzial des Smartphones und die Förderung der sozialen Kompetenzen der Schüler. Ein neues Bewusstsein klingt aus den Worten des Ministers: Als Claude Meisch einen Direktor einer Sekundarschule besucht habe und mit ihm über den Gang geschlendert sei, habe kein einziger Schüler von seinem Handy aufgeschaut. Als er sie fragte, was los sei, hätten die Jugendlichen seine Frage nicht verstanden. Die „Screen-Life-Balance“, wie das neue Projekt heißt, soll auch Eltern sensibilisieren – denn wenn die Schule vorbei ist, liegt die Verantwortung und Begleitung der Freizeit für Kinder und Jugendliche zuhause. Der nunmehr am längsten amtierende Bildungsminister aller Zeiten hat die Wahlen abgewartet, um zu regulieren. Einige Direktionen hätten sich diese Vorgaben schon weitaus früher gewünscht. ^{SP}



Pas un simple fait divers

IIII Léo Liégeois

Le féminicide dans le Code pénal : Une inscription « redondante », selon le ministère de la Justice

Au Luxembourg les féminicides n'existeraient pas. Ou, du moins, l'État ne les définit pas comme tels, puisque les féminicides ne figurent pas dans le Code pénal. Même le site *violence.lu*, conçu pour les victimes, auteurs et témoins de violences, n'en fait pas mention. L'ONU qualifie, elle, les féminicides comme la manifestation la plus extrême des violences fondées sur le genre. L'organisation alerte sur leur résurgence globale. Constitue un féminicide le meurtre d'une femme ou d'une fille parce qu'elle est une femme. Mais l'ampleur du fléau au niveau européen est invisibilisé par le manque de données officielles.

Pour lutter contre cette invisibilisation des féminicides, les mouvements féministes luxembourgeois revendiquent leur l'inscription dans le Code pénal. La directrice politique du Conseil national des femmes du Luxembourg (CNFL), Gabrielle Antar, estime que la « mise en place d'un outil législatif permettrait à la fois de nommer le problème, de recenser des chiffres et d'améliorer la prévention ». Actuellement, les tentatives de recensement ne se font qu'en fouillant les articles de presse sur les violences domestiques et les homicides. Les organes de presse identifient rarement les féminicides en tant que tels.

Le European Institute for Gender Equality reconnaît la nécessité de médiatiser les féminicides, mais avertit sur l'impact négatif de la façon dont le sujet peut-être traité dans les médias. D'un côté il y a les filles et les femmes tuées, victimes directes. La mort de ces femmes devient un spectacle macabre qui les déshumanise. D'autre part, les proches de ces femmes sont confrontés à une médiatisation sensationnaliste qui complique leur processus de deuil. Au CNFL, on estime que cette médiatisation des féminicides les réduit à des faits divers et contribue ainsi à leur banalisation. Gabrielle Antar cite un article paru chez *rtl.lu* en septembre 2024 qui porte sur le meurtre d'une femme et de deux enfants, commis par le conjoint/père, à Mormant en France. Selon l'article, l'homme aurait « pété les plombs », expression qui dévie l'attention de la victime à l'agresseur.

Le ministère de la Justice explique au *Land* que le gouvernement luxembourgeois s'engage à travers l'accord de coalition 2023-2028 à évaluer l'application de la loi actuelle qui permettrait la poursuite du féminicide. « Même si le terme 'féminicide' n'est pas repris dans le

Le collectif Collages Féminicides Lux intervient à Esch-sur-Alzette



Code pénal luxembourgeois, l'infraction en tant que telle y est prévue ». Une circonstance aggravante générale peut s'appliquer pour les « crimes et délits commis en raison d'un mobile fondé sur un motif de discrimination (y inclus le sexe) prévu à l'article 454 du Code pénal ». Ainsi les juridictions pourraient « tenir compte du fait qu'une personne a été tuée ou blessée en raison de son sexe et prononcer une peine plus grave ». Le ministère de la Justice considère donc comme « redondante » l'introduction du féminicide dans un article distinct du Code pénal. D'ailleurs, dans sa réponse à une question parlementaire, la ministre de l'Égalité des genres et de la Diversité, Yuriko Backes (DP), soulignait en mai dernier que le dispositif légal actuel « respecte l'égalité de traitement en n'introduisant aucune hiérarchisation entre les 18 motifs de discriminations reconnus au Luxembourg », dont le sexe, la couleur de peau, ou l'appartenance, vraie ou supposée, à une religion déterminée.

Marina Anastasilaki, experte en matière de droits de l'Homme, souligne, elle, l'importance sociojuridique de la criminalisation du féminicide. L'absence de différenciation catégorique entre l'homicide et le féminicide présupposerait l'existence d'une société égale en matière de genres. Alors que « tout n'est pas égal », rappelle l'experte. « Les femmes sont tuées parce qu'elles sont des femmes et la société compromet ainsi le droit à la vie des femmes », poursuit-elle. L'inscription du féminicide ne serait donc pas une hiérarchisation des discriminations au sein de l'homicide. Ce serait la qualification d'un crime à part, marqué par une intention particulière, celle de donner la mort à une femme ou une fille en raison de son genre (perçu).

Selon Anastasilaki, la preuve d'une intention de meurtre fondée sur le genre nécessite une compréhension du caractère patriarcal de la société. C'est à dire, « des ressentis sociaux de dominance et de possession sur les femmes et leurs corps, qui normalisent et acceptent les violences fondées sur le genre comme faisant partie intégrale de la vie ». Pour que les enquêtes sur les féminicides aboutissent, il faudrait, selon elle, s'intéresser au comportement, aux convictions et à l'environnement des auteurs de crimes. Ceci nécessiterait une formation obligatoire pour tous les intervenants dans les enquêtes et les procédures judiciaires : agents de police, médecins légistes, procureurs, juges, etc. Mais, « pas besoin de réinventer la roue », continue Anastasilaki. Depuis la première inscription du féminicide dans un Code pénal, au Costa Rica en 2007, plusieurs pays ont suivi l'exemple, dont certains États membres de l'UE. Chypre

a introduit le féminicide dans son Code pénal en 2022, la Croatie a suivi en 2024. Ainsi des ressources pour instaurer une perspective genrée dans les enquêtes existent déjà et pourraient inspirer les légistes luxembourgeois.

Gabrielle Antar du CNFL souligne que les féminicides s'inscrivent souvent dans des contextes de violences existants et que les auteurs émanent souvent du cercle intime des victimes. Étant donné que ces violences, dont les violences domestiques et conjugales, se manifestent souvent par des abus physiques, sexuels, psychologiques et financiers, les preuves peuvent être difficiles à apporter. Cela devrait être pris en compte dans les procédures judiciaires.

En 2022, le collectif « Collages Féminicides Lux » a placardé « Seule ma mort sera une preuve suffisante » sur un mur du centre-ville à Luxembourg. Les colleuses expliquent au *Land* que « ce message dénonce le fait que pour beaucoup de femmes, les plaintes contre les agresseurs, parfois suivies de procédures d'éloignement, ne suffisent pas pour mettre fin aux violences ». En effet, beaucoup de féminicides sont précédés par des plaintes pour coups et blessures. Au sujet des menaces que peuvent subir les femmes, le collectif observe que « les paroles des victimes restent sans importance et ne sont pas prises au sérieux, certainement quand leurs agresseurs disposent de prestige dans la société ». Les colleuses veulent donc alerter les personnes aux violences fondées sur le genre et inciter le débat « sur ces sujets mis sous le tapis, dont on n'aime pas parler ou qui sont tabous ».

La réaction aux collages du collectif, qui « sont vite arrachés et saccagés ou déformés », illustre aux yeux des colleuses un problème sociétal. C'est « l'aspect structurel et systémique » des violences faites aux femmes, auxquelles la société entière participerait, de manière consciente ou inconsciente. La dénonciation de cet aspect systémique serait d'ailleurs une raison phare pour intervenir dans l'espace public, « on veut que l'espace public appartienne aussi aux femmes et aux minorités de genre ». Il est alors indispensable de nommer ces violences fondées sur le genre et de leur donner une dimension pénale. ●

« Seule ma mort sera une preuve suffisante. »

Collages Féminicides Lux

Le titre de l'article fait référence au livre *Ceci n'est pas un fait divers* de Philippe Besson qui parle des proches des femmes tuées, parfois témoins de la violence, qui deviennent des victimes invisibles des féminicides.

PRESSE

„Bis heihin an net weider“

IIII Luc Laboulle

ZUFALLSGESPRÄCH
MIT DEM MANN IN DER EISENBAHN

Hello, dictator!

Diese Woche reiste Premier Luc Frieden zu einem Arbeitsbesuch nach Budapest. Vergangene Woche nahm Xavier Bettel dort an einem informellen Außenministertreffen teil. Ungarn leitet den Ministerrat der Europäischen Union. In der Union gibt es Bestrebungen, das Land zu boykottieren. Präsident Viktor Orbán sei „illiberal“, ein Agent Moskaus. Der damalige Kommissionpräsident Jean-Claude Juncker begrüßte ihn 2015 in Riga mit „Hello, dictator!“

Nach Beginn des Ukrainekriegs telefonierte Xavier Bettel stolz mit Wladimir Putin. In einem Video auf X rechtfertigte er am 3. September seine Ungarnreise: „Not to speak about each other, but to each other. [...] And so not being here, I think, would be an error.“

Luc Frieden sah das bei *Politico* nicht anders. „If somebody disagrees with certain policies, you should try to understand where he or she is coming from,“ said Frieden, [...], adding that he was considering going to Hungary „in the coming months, to better understand the Hungarian position“ (16.1.). Das Gespräch brachte ihm den Titel „EU’s Orbán whisperer“ ein. Er schob die Ungarnreise bis diese Woche auf.

Die Europäische Union behandelt Viktor Orbán als Schmutzkind. Sie hofiert die Neufaschistin Giorgia Meloni in Rom. Den Unterschied machen Waffen für die Ukraine aus. An Grausamkeit gegen Asylsuchende ist Ungarn der Europäischen Union stets sechs Monate voraus.

Gleich nach der Übernahme des Ratsvorsitzes besuchte Viktor Orbán den russischen Präsidenten. Viele in der Union sahen das als Hochverrat an. Luc Frieden spielte bei *Radio 100,7* die Provokation herunter: „Den Här Orbán ass op eng Missioun gaangen als Premierminister vun Ungarn an a kengem Fall als Vertrieeder vun der Europäescher Unioun“ (12.7.).

Vielleicht beneidet Luc Frieden heimlich Viktor Orbán. Der Luxemburger Regierung sind EU-Sanktionen gegen russische Firmen zuwider. Sie würde lieber mit der Handelskammer nach Moskau reisen. Wie zu Zeiten des *Bal russe* im Cercle Cité. Als Xavier Bettel Schirmherr war, der Stahlkonzern Magnitogorsk, die East-West Bank zahlten, Etienne Schneider, Laurent Mosar protesten, Monica Semedo modelte.

Mikhail Fridman galt hierzulande als guter Oligarch. Die Sanktionsliste der Europäischen Union machte ihn zu einem bösen. Nun will er 14,5 Milliarden Euro einklagen. Weil Luxemburg gegen das Investitionsschutzabkommen mit Russland verstieß und sein Vermögen einfro. So weit hätte es nicht kommen müssen. Hätte Luc Frieden nach Moskau fliegen dürfen wie Viktor Orbán.

Eine Steueroase gehört besser einer Atommacht (Cayman Islands, Monaco) oder ist neutral (Schweiz). 1867 erklärte der Londoner Vertrag Luxemburgs immerwährende Neutralität. 1948 schaffte das Parlament sie ab, um der Nato beizutreten. Der Schweizer Neutralität geht es derzeit kaum besser. Das ist geschäftsschädigend. Das Lehrgeld kann 14,5 Milliarden Euro betragen.

Die Europäische Union drängte Ungarn zu Privatisierungen und Deregulierungen. Um es fit zu machen als Niedriglohnland der deutschen Automobilindustrie. Der ungarische Mindestlohn beträgt 675,27 Euro. Orbáns Regime ist nicht die Diktatur des Proletariats. Es ist die Diktatur von VW, Mercedes, BMW.

Ungarn ist nicht „illiberal“. Es ist undemokratisch, um liberal zu sein: Mit 15 Prozent Einkommensteuer ohne Progression, 27 Prozent TVA. 2018 wurde die Zahl der zulässigen Überstunden von 250 auf 400 jährlich erhöht. Mit der Bezahlung dürfen die Unternehmen drei Jahre warten.

Xavier Bettel, seine belgische und irische Kollegin trafen sich in Budapest „with representatives of the civil society, with Transparency International, people in for media liberty and also for LGBTQ rights“. Nicht mit Gewerkschafterinnen. Luc Frieden und Xavier Bettel haben Verständnis für Viktor Orbán. Man ist unter Liberalen. ● ROMAIN HILGERT

ALJP kritisiert Informationszugangsrecht

Einen Einspruch der freischaffenden Journalistin Charlotte Wirth beim Verwaltungsgericht zur Herausgabe von Dokumenten aus dem Innenministerium nutzte der Journalistenverband ALJP am Mittwoch, um auf einer Pressekonferenz Nachbesserungen an Elisabeth Margues Reform des Pressegesetzes zu fordern. Die delegierte CSV-Medienministerin hatte den Gesetzentwurf Ende Juli im Parlament hinterlegt, nachdem CSV-Premierminister Luc Frieden bereits im Januar versprochen hatte, die langjährige Forderung der Journalist/innen nach einem eigenen Informationszugang endlich umzusetzen.

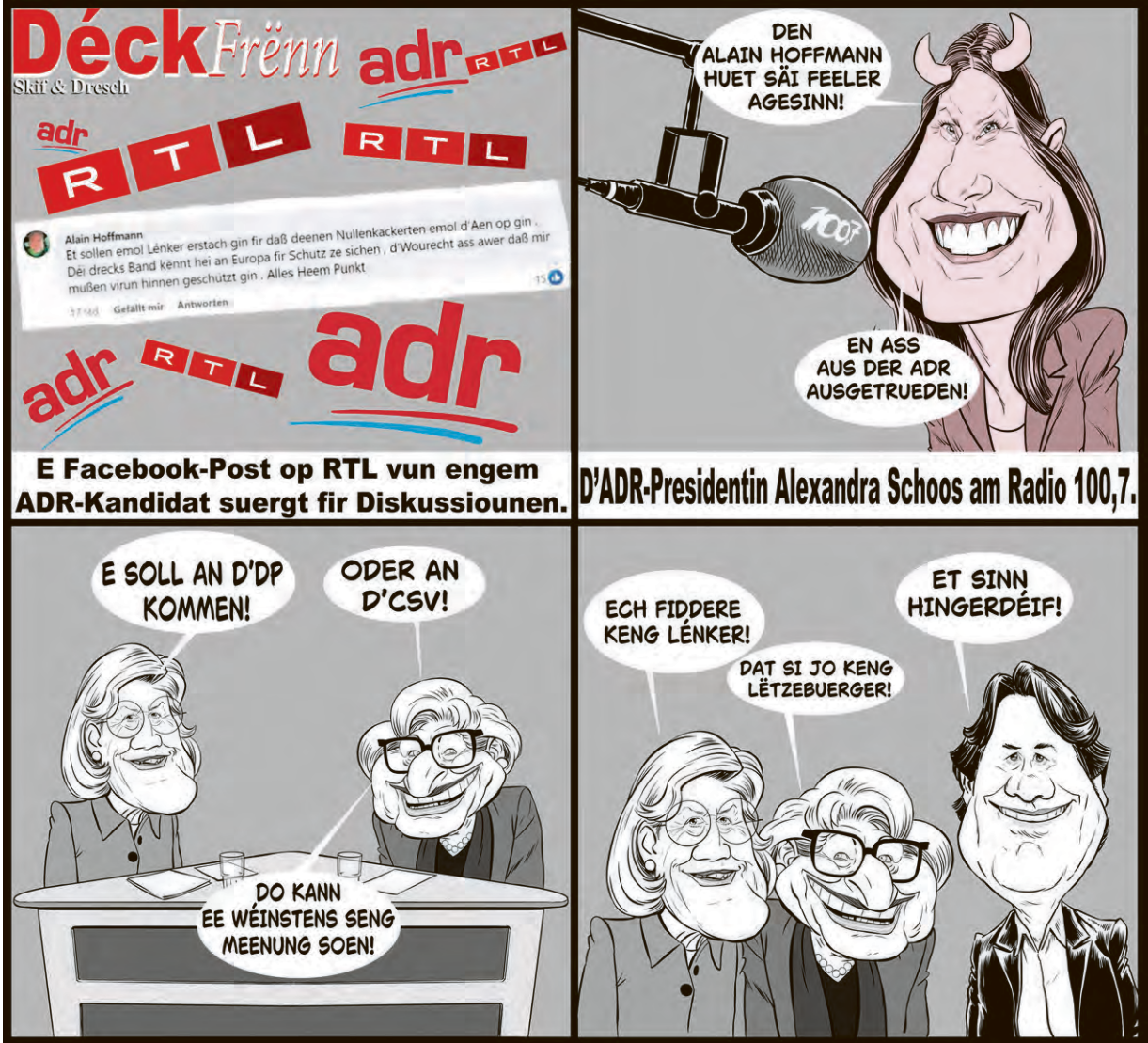
Am aktuellen Entwurf stört die ALJP vor allem, dass er keine an den Arbeitsrhythmus von Journalist/innen angepasste Frist festlegt, innerhalb derer Verwaltungen Informationen und Dokumente übermitteln müssen. Stattdessen enthält er vage Formulierungen wie „dans les meilleurs délais“ und „dans les limites du raisonnable“ und erlaubt den Verwaltungen, die maximale Antwortfrist von einem Monat ohne Weiteres hinauszuzögern. Ferner sieht der Text vor, dass Anfragen, die innerhalb eines bestimmten Zeitraums nicht beantwortet werden, automatisch als Ablehnung angesehen werden. Nicht zuletzt findet sich im Gesetzentwurf eine lange Liste an Dokumenten und Auskünften, die vom Informationszugang ausgeschlossen sind.

Würden keine Änderungen vorgenommen, verweigere der Journalistenverband, das Gesetz als Informationszugangsrecht anzuerkennen, unterstrich ALJP-Vizepräsident Luc Caregari, Redakteur bei *Reporter*, am Mittwoch. Sowohl die ALJP als auch der Presserat und der Verlegerverband Almi werden in den nächsten Wochen Gutachten zur Reform des Pressegesetzes ausarbeiten, in denen sie den Abgeordneten ihre Verbesserungsvorschläge mitteilen. Zudem will die ALJP bei den im Parlament vertretenen Fraktionen und Gruppierungen versprechen, um ihnen ihre Anliegen vorzutragen.

Charlotte Wirth hatte für ihre am Montag von *Reporter* veröffentlichte Recherche zur Beteiligung Luxemburgs an Frontex-Einsätzen im Mittelmeer erstmals vor drei Jahren einen Antrag an das Außenministerium zur Herausgabe von Dokumenten gestellt. Obwohl die Commission d’accès aux documents (CAD) zwischenzeitlich zwei ihrer Anfragen als zulässig einstufte, verweigerte das seit dem Regierungswechsel im November für Migration zuständige Innenministerium Charlotte Wirth noch im Mai den Zugang zu Informationen. Nach der Pressekonferenz am Mittwoch verschickte CSV-Innenminister Léon Gloden eine Mitteilung, in der er die Verweigerung

mit dem „caractère sensible“ der von der Journalistin beantragten Informationen begründet. Das neue Informationszugangsgesetz würde – selbst in einer nachgebesserten Form – nichts daran ändern, dass der Staat bestimmte Informationen, die etwa die internationalen Beziehungen, die nationale Sicherheit oder die öffentliche Ordnung betreffen, unter Verschluss hält. Verbesserungsfähig ist aber die Prozedur, nach der entschieden wird, welche Dokumente in diese Kategorien fallen. Charlotte Wirth schlug am Mittwoch vor, dass die CAD zumindest Einblick in die Dokumente erhalten soll, über deren Freigabe sie entscheidet, was bislang nicht der Fall ist. Eine Ombudsstelle könne zudem verhindern, dass Journalist/innen nach einer behördlichen Verweigerung ihr Zugangsrecht gleich in einer kostspieligen und langwierigen Prozedur vor dem Verwaltungsgericht geltend machen müssen.

„Heute ist ein wichtiger Tag für den Journalismus in Luxemburg“, sagte ALJP-Präsident Misch Pautsch, Redakteur bei *Journal.lu*, am Mittwoch. Beim Einspruch von Charlotte Wirth tritt der Journalistenverband als Nebenkläger auf. Damit wolle man ein Zeichen setzen, dass die Pressefreiheit in Luxemburg respektiert werden müsse: „Bis heihin an net weider“, warnte Misch Pautsch die Regierung. ●





Sven Becker

Lex Delles en conversation avec Jean-Louis Schiltz, le Grand-Duc héritier Guillaume et Georges Rassell

Satisfy me, baby

IIII Pierre Sorlut

Hommage au rock, à Super Mario et au volontarisme gouvernemental

Les toilettes de l'Atelier n'ont jamais paru aussi propres. La salle de concert de la rue de Hollerich recevait mercredi après-midi les patrons de l'industrie luxembourgeoise. Cet ancien garage mécanique dans le centre industriel de la capitale (au XIX^e siècle) a été choisi pour la deuxième édition du Fedil Industry Day. À la première, organisée en 2023 à l'hôtel Mercure sur le golf Kikuoka, on avait parlé « défis d'avenir et attractivité pour le Grand-Duché », ainsi que de la sur-réglementation. Ce mercredi, ont été évoqués la décarbonation de l'industrie, les chaînes d'approvisionnement stratégiques... et la sur-réglementation.

L'événement a rassemblé les lobbyistes de l'industrie, des fonctionnaires (nationaux ou européens), une poignée de politiques, dont le ministre de l'Économie et, *last but not least*, le Grand-Duc héritier, dans quelques jours, Lieutenant-Représentant. Pour le nouveau président de la Fedil, Georges Rassell, l'échange mené en anglais (et un brin scénarisé) « fuels the public debate » : « Sur des sujets de première importance pour la survie de notre industrie. » Oui, parce que l'avenir de cette dernière serait « obscured by clouds », selon Georges Rassell qui recycle un titre des Pink Floyd dont l'ancien batteur, passé trois fois par Den Atelier ces dernières années, qualifie l'endroit de « best venue » (selon une anecdote narrée par le président de la Fedil et inspirée par son secrétaire général René Winkin, fan du groupe britannique).

Mais l'homme le plus cité de la soirée, clairement, a été Mario Draghi. Dans un rapport de 400 pages présenté lundi, l'ancien président de la Banque centrale européenne et ancien président du Conseil italien a diagnostiqué une compétitivité européenne moribonde et prodigué des remèdes de choc pour rattraper les États-Unis et la Chine sur le chemin de la croissance. Une croissance décarbonée pour l'industrie, mais avec quel financement public ? Telle a été la première question posée aux panélistes. « Not the sexiest topic » a priori, a concédé Gaston Trauffler, animateur de la première table ronde consacrée au sujet, sauf à poser les bonnes questions : « Combien il faut payer pour ça ? Pourquoi cela coûte autant ? Qu'est ce qui se passe si je refuse de payer ? »

Les réponses restent incertaines et les milieux d'affaires abhorrent l'incertitude. Bernhard Lorentz, consultant climat chez Deloitte Deutschland, narre ainsi les coulisses de l'accord de Paris où il était négociateur en 2015. Toujours pas convaincu dans le dernier round de négociation, un représentant de la Chine aurait demandé au milieu de la nuit à l'un des experts du GIEC ce qui arriverait à son pays dans un scénario à deux degrés. « We simply don't know », aurait répondu le scientifique. La Chine a apposé sa signature à l'accord quelques heures plus tard. Dans son quatorzième plan quinquennal (2021-2025), elle vise la neutralité carbone d'ici 2060. « They got the message », raconte Bernhard Lorentz. L'intéressé se rend régulièrement dans l'Empire du Milieu. Il y constate les investissements massifs dans les infrastructures comme les énergies renouvelables : « Depuis dix ans on a l'habitude de dire, si vous n'avez pas été en Chine ces six derniers mois, alors vous n'êtes jamais allé en Chine ».

Passé d'armes. Les investissements en infrastructures énergétiques et leur financement sont clés dans la décarbonation des industries. Il y a d'abord l'électrification. L'ancien ministre

[...]

[Suite de la page 9

de l'Énergie, Claude Turmes, recense les bons élèves de la production verte d'électricité. Ceux qui ont rapidement et massivement investi comme le Danemark, le Portugal et l'Espagne « récoltent aujourd'hui les bénéfices » avec un prix de l'électricité compétitif. Il souligne d'ailleurs malicieusement que les lobbies (comme Business Europe) ont tenté de ralentir (et réussi à certains endroits) les investissements dans l'électrification verte entre 2010 et 2015. Tropic, selon eux. « Maintenant, l'industrie doit concéder que Draghi a raison ». Il faut investir massivement. Il est question de 800 milliards d'euros. L'ancien ministre écolo soutient en sus l'idée d'une meilleure interconnexion des réseaux électriques européens avec la possibilité pour un pays enclavé d'acheter de la production électrique dans une ferme éolienne *offshore*. En écho à Laurence Zenner (CEO de Creos), qui réclame des « business cases » pour justifier le développement du réseau (comme une éventuelle installation d'un data centre de Google à Bissen), Claude Turmes préconise des partenariats publics privés. Tout investissement public doit être associé à une garantie industrielle d'exploiter le réseau pour x années. « That's really about speed and scale », insiste Lorentz.

Parmi les projets aussi envisagés sur la scène de l'Atelier, la connexion du Luxembourg au réseau européen de l'hydrogène paraît le plus avancé et le plus plausible. En juin, Creos et son homologue belge Fluxys se sont engagés pour explorer le développement d'un réseau transfrontalier. Claude Turmes a, en outre, déposé en août 2023 un projet de loi pour transporter et stocker l'hydrogène. Mercredi, Patrick Klein, patron des cimenteries Dyckerhoff, propriétaires de Cimalux, le plus gros producteur de dioxyde de carbone du pays, évoque un pipeline pour acheminer le CO₂ produit à Rumelange. « Vers Mertert ? », demande Claude Turmes (suspicieux), qui ne voit pas mieux que le transport par bateau comme moyen d'extraire (vers la Norvège a priori) le CO₂ produit lors de la *clinkerisation*. L'enclavement du Grand-Duché n'empêche en tout cas pas la multinationale Dyckerhoff qui dit y « avoir des plans ». « Le Luxembourg figure en haut de la liste des pays dans lesquels on a des projets de décarbonation », révèle Patrick Klein. Un tel projet pourrait être développé, en même temps qu'aux États-Unis où les subsides abondent dans le cadre de l'IRA (*Inflation Reduction Act*), « si certain condi-

« On demande aux entreprises de réussir où les gouvernements ont échoué pendant soixante ans »

Jean-Louis Schiltz

tions are met », notamment des questions financières.

Pour ce qui concerne les *critical supply chains*, difficile d'imaginer rapatrier au Luxembourg l'extraction de métaux rares nécessaires à la fabrication des batteries. Si d'ordinaire les ressources existaient, les exploiter impliquerait un délai et un investissement prohibitifs. Pour des raisons climatiques, pas possible non plus de faire pousser palmiers et cacaoiers afin de produire du Nutella, selon la *Hazelnut Officer* de Ferrero, Isabel Hochgesand. (Et consommer différemment ? Bien sûr que non.) Dans l'impossibilité de se fournir ailleurs (en Afrique pour ce qui concerne le groupe basé à Senningerberg), la responsable des achats privilégie un accompagnement de l'écosystème local. Isabel

Hochgesand prend donc acte du devoir de vigilance demandé par l'Union européenne aux groupes internationaux dans le cadre de la directive CSDD (*Corporate Sustainability Due Diligence*) : « We should be responsible for our value chains. » Les *first movers* ont un avantage sur le marché. « If you're running blind, then it's much more challenging », confie Isabel Hochgesand. La CSDD, en cours de transposition dans les États-membres, est aussi une barrière à l'entrée. Le vice-président de la Fedil éprouve ainsi des difficultés à en défendre l'intérêt, surtout quelle s'ajoute à des normes ESG (environnementales, sociales et de gouvernance) imposées par ailleurs.

« On demande aux entreprises de réussir où les gouvernements ont échoué pendant soixante ans », assène l'ancien ministre de la Coopération (et des Communications). Pour l'intéressé, également avocat spécialiste des agréments en matière financière, le plus grand challenge est la sur-réglementation. Il se réfère, à son tour, à Mario Draghi, au reproche de « réglementations inconsistantes et parfois contradictoires ». Schiltz compte maintenant sur le gouvernement luxembourgeois pour passer le message du *cut the red tape*. À la première question de l'animatrice du débat, Emmanuelle Mousel, le vice-président de la Fedil répond par une autre question : « Quel temps nous reste-t-il pour conduire les affaires ? ». En conclusion, sur la scène de l'Atelier, il cite Elvis Presley : « A little less conversation, a little more action ».

Puis intervient le ministre de l'Économie. Lex Delles a loupé le début, mais se rattrape par son volontarisme, loué par le patronat (« un ministre hands-on », nous dit René Winkin, « il se couche en se demandant s'il a résolu tous les problèmes rencontrés la journée »). Delles se fait le combattant du *paperwork*, si bien qu'il trébuche sur le terme administratif en anglais : « I will seize every opportunity to push the Commission to reduce the administrative burden and the number of reporting obligations ». En matière de transposition, la politique du gouvernement se résume en une phrase : « The directive, the whole directive, nothing but the directive. » Selon Lex Delles, des règles harmonisées doivent « augmenter les opportunités d'affaires ». Il faudrait simplement « réguler pour la protection des travailleurs et de l'environnement », mais sans « aller dans le moindre détail ». Un discours suite auquel le patronat industriel a trinqué, satisfait. ●



T I C K E R		par million d'habitants, 10,3 aux Pays-Bas (quatrièmes).	71 pour cent des <i>high earners</i> travaillaient au Royaume-Uni. Selon les données de Bloomberg, le banquier le mieux payé en 2023 a gagné 14 millions d'euros (en incluant trois ans de primes). Il s'agit de Noel Quinn, patron de HSBC. Vient ensuite Ana Botin, présidente exécutive de Banco Santander, avec douze millions d'euros. Selon les auteurs du Suerf, les banques les plus grandes et disposant des plus grosses valorisations boursières paient le mieux. La profitabilité ne joue pas de rôle significatif dans la détermination des plus gros salaires. Les banques portant un risque limité (par exemple mesuré par le <i>non-performing loan ratio</i>) paient aussi le plus. ^{PSO}	de la Meissener Porzellan en Allemagne, du tartan en Écosse ou du marbre de Carrare en Italie. Un règlement européen viendra protéger ces savoirs-faire ancestraux (souvent liés à une matière première prélevée localement), en complément de indications géographiques protégées en matière agricole. Le Grand-Duché compte trois produits agricoles protégés : le beurre Rose, le miel « toutes fleurs » et le vin de Moselle. Selon les résultats de la consultation publique publiés cette semaine (qui n'a reçu que sept réponses dont six hors-propos), seul le Péckvillchen pourrait répondre à la définition des produits pouvant bénéficier d'une telle protection. Devant la « faiblesse de l'intérêt » en la matière, le ministre de l'Économie Lex Delles (DP) a conclu qu'il n'allait pas travailler à la création d'une administration d'enregistrement ad hoc au niveau national. Le libéral a demandé à ce que, conformément à la possibilité offerte par le	législateur européen, le Luxembourg bénéficie d'un régime dérogatoire et que toute partie intéressée par une protection géographique pour un produit artisanal ou industriel s'adresse directement à l'Office de l'Union européenne pour la propriété intellectuelle. Un point de contact sera mis en place au Forum royal pour assister le cas échéant. En 2019, la Commission estimait qu'en vingt ans, le régime d'IGP pour les produits artisanaux et industriels permettrait d'augmenter les échanges intra-européens de 5 à 6,6 pour cent dans les secteurs concernés (comme les produits manufacturés en acier, en céramique ou les textiles) et densifierait le tissu économique rural. L'IGP serait synonyme de qualité du travail et aurait un effet réputationnel positif sur les consommateurs, relève l'exécutif européen. ^{PSO}	services de la commissaire Margrethe Vestager qui avaient considéré, en 2016, que l'Irlande avait octroyé une aide d'État illégale à Apple et demandé à la multinationale de restituer treize milliards d'euros au fisc irlandais. En 2020, en première instance, le Tribunal de l'UE avait jugé que la Commission européenne n'avait pas démontré l'existence d'un avantage sélectif découlant de l'adoption de rulings et aboutissant à une réduction préférentielle de la base imposable. Dans son arrêt rendu mardi, la CJUE estime que le Tribunal a commis des « erreurs » et que la méthode mise en œuvre par l'exécutif européen pour estimer l'impôt normalement dû par les filiales d'Apple en question était la bonne. Il s'agit du plus gros montant des redressements demandés par l'exécutif européen dans sa lutte contre l'évasion fiscale des grandes entreprises. ^{PSO}
High earners welkom		2 342 hauts salaires ont été identifiés dans 27 pays, dont 653 en Allemagne et 519 en France. L'étude reprend les données 2022 publiées en 2024 par l'EBA (European Banking Authority) et les complète avec des statistiques (individualisées par banque, et non par pays) de Bloomberg pour l'année 2023. Sur base des chiffres par genre, pour la première fois collectées par l'EBA, les chercheurs concluent que seuls « 195 individuals do not identify as male ». La moyenne européenne du salaire des <i>high earners</i> s'établit à 1,8 million d'euros (1,5 au Luxembourg). 83 pour cent de la rémunération des 46 banquiers millionnaires du Luxembourg provient du variable.	Pas de savoir-faire ?	Lundi, le ministère de l'Économie a acté du très faible intérêt de l'économie locale pour « une protection des indications géographiques (IGP) pour les produits artisanaux et industriels », à l'instar du cristal de Lorraine en France,		
Le Luxembourg suit (de très loin) le Liechtenstein dans le classement des pays comptant le plus de banquiers millionnaires per capita, selon une étude publiée la semaine passée par la Société universitaire européenne de recherches financières (Suerf). Cette plateforme de réflexion associant Banques centrales (avec les régulateurs), professionnels de la finance et monde académique recense 71,3 <i>high earners</i> par million d'habitants au Grand-Duché, contre 382 dans la petite principauté coincée entre l'Autriche et la Suisse. En Irlande, troisième au classement, on recense onze banquiers millionnaires		Depuis 2010 et le premier set de données exploitées par l'EBA, le nombre de banquiers millionnaires a plus que doublé en UE, passant de 930 à 2 342. Ce en dépit du Brexit. Avant cela,				



Le cardinal
Jean-Claude
Hollerich

Le grand repli

Bernard Thomas

Tout l’été, l’archevêché a fait comme si l’affaire Caritas ne le concernait pas. Pendant ce temps, PWC a confectionné une nouvelle structure qui n’a plus rien à voir avec l’Église. Après avoir vendu le Wort, le cardinal laisse couler la Caritas

C’est une de ces cruelles ironies de l’Histoire : La Caritas luxembourgeoise, fer de lance de la doctrine sociale de l’Église, vient d’être liquidée par PWC, symbole du néolibéralisme triomphant. Après les catholiques sociaux, place aux philanthropes. Dans un communiqué publié ce jeudi, le président du « comité de crise » de la Caritas, Christian Billon, dévoile la nouvelle structure. Elle n’a plus rien à voir avec l’ancienne. À commencer par son nom : « Hëllef um Terrain » (HUT). La liste des membres fondateurs se lit comme un *who’s who* de la notabilité locale. On y retrouve l’avocat d’affaires Paul Mousel, le brasseur Georges Lentz, le CEO de Foyer Marc Lauer, l’Ombudsman Claudia Monti ainsi que l’adjointe à l’ORK, Françoise Gillen, sans oublier Christian Billon. On y retrouve également la Fondation La Luxembourgeoise, contrôlée par la famille Hentgen-Pauly, un des piliers des catholiques capitalistes. Quant à la Fondation Félix Chomé, elle est issue de l’Arbed, mais est présidée par François Pauly, cousin de Pit Hentgen.

Le communiqué note sans ironie que les premiers fondateurs « représentent la diversité du paysage luxembourgeois », et « encourage d’autres acteurs de la société » à rejoindre l’initiative HUT, dont la mission est « la lutte contre la précarité au quotidien ». Politiquement, la nouvelle structure se présente comme un mélange entre DP et CSV. Sociologiquement, elle ressemble beaucoup à la Croix-Rouge, dont le conseil d’administration réunit la bourgeoisie autochtone depuis plus d’un siècle. Le CA de HUT aligne, lui, exclusivement des profils d’experts. À l’heure actuelle, on y retrouve deux administrateurs indépendants (David Hagen et Pascal Rakovsky), une haute fonctionnaire (Claudine Konsbruck), une avocate (Marisa Roberto) et un ancien directeur général du groupe Elisabeth (Willy De Jong). Quant à Christian Billon, il siègera au CA jusqu’à début 2025, lorsque Claudia Monti prendra le relais.

C’est *Paperjam* qui a annoncé, ce jeudi matin, qu’une associée du Big Four, Tiphaine Gruny, avait « tricoté » cette nouvelle entité, cherchant des membres fondateurs

et un fonds de roulement, le tout « en ligne avec les exigences du Premier ministre ». L’opération aurait été traitée comme « ultraconfidentielle » en interne : Les administrateurs de la Caritas actuelle (autour de la présidente Marie-Josée Jacobs) n’y auraient pas été « impliqués », ils n’en auraient eu « la moindre information ». « Le projet a été organisé en toute indépendance des actuels conseils d’administration avec l’aide de Christian Billon assisté de Tiphaine Gruny (PwC) », lit-on dans le communiqué officiel.

Une manière sans ambiguïté d’affirmer « la coupure avec le passé » souhaitée par Luc Frieden, et d’insister sur l’indépendance de la nouvelle entité, quitte à publiquement humilier l’ancienne ministre Jacobs, une des dernières exposantes de l’aile sociale du CSV. Comme l’a relevé *Reporter* le mois dernier, c’était Frieden *himself* qui avait recommandé PWC pour mener l’enquête comptable et concocter une nouvelle structure. Quant au président du « comité de crise », Christian Billon, il est, lui aussi, issu de PWC, dont il avait repris les activités « domiciliation » et « ingénierie financière » en 2001, tout en s’engageant par ailleurs comme bénévole dans le milieu associatif.

Jeudi 26 septembre, la papamobile longera les boutiques de luxe du centre-ville. « Pour servir » est le slogan retenu par l’archevêché luxembourgeois pour l’escala grand-ducale du pape François. Dans la brochure officielle, on apprend que cette devise est « un hommage aux religieux et religieuses, qui, pendant des siècles, ont rendu des services généreux comme pionniers dans le secteur hospitalier, éducatif et social luxembourgeois ». Encore aujourd’hui, poursuit la brochure, l’Église « essaie » de se mettre au service des plus démunis. Le cardinal Jean-Claude Hollerich se retrouvera dans une situation délicate : Il va devoir expliquer au pape pourquoi le Luxembourg est devenu un des seuls pays au monde à ne plus disposer d’une Caritas en état de fonctionner. Le communiqué d’aujourd’hui est limpide : « La nouvelle entité n’aura ni lien avec les entités touchées

par la crise, ni avec le réseau Caritas ». Les conventions avec l’État pourraient être reprises par HUT dès le 1^{er} octobre 2024. L’ancienne Caritas sera entièrement vidée de sa substance. Elle se voit dégradée en *bad bank*, concentrant les avoirs toxiques.

Cette semaine encore, l’archevêché refusait de préciser s’il comptait participer à la « nei Caritas » qu’avait annoncé Luc Frieden mercredi dernier. À aucun moment de sa conférence de presse, Luc Frieden n’a fait allusion à l’archevêché, pourtant le principal *stakeholder* de l’affaire ; ni à PWC, l’architecte de la nouvelle structure. Mercredi dernier, Luc Frieden s’affichait encore confiant que la nouvelle entité allait pouvoir reprendre le nom Caritas. Manifestement, les nouveaux fondateurs de Hëllef um Terrain ont vu les choses différemment : « Le changement de nom démontre le renouveau nécessaire pour retrouver la confiance des donateurs », lit-on dans le communiqué. « Il est important pour les donateurs, les salariés et les bénéficiaires ainsi que pour le gouvernement que ce projet et les personnes engagées dans celui-ci soient indépendantes de la gouvernance de la Caritas. »

L’archevêché serait « impliqué » dans des discussions « toujours en cours », déclarait Leo Wagener ce lundi au *Land*. Contacté ce jeudi, il est visiblement pris de court, ne s’attendant pas à ce que la nouvelle entité soit si rapidement présentée. La discussion se menait au palais épiscopal, en cercle très restreint, preuve du centralisme de l’institution. D’emblée on sentait peu d’enthousiasme. Pour une Église qui se présente comme « plus petite et plus pauvre » (du moins en liquidités), la perspective de porter de nouveau un lourd appareil paraétatique n’apparaissait plus séduisante. Elle estimait ne plus disposer des ressources personnelles et financières nécessaires pour reconstruire d’elle-même l’empire Caritas. Les forces vives laïques qui, il y a un siècle, avaient lancé la première Caritas (face à un clergé initialement réticent) sont aujourd’hui exsangues.

[...]

[Suite de la page 11]

Le 19 juillet, *Radio 100,7* a révélé que Caritas avait été victime d'un détournement massif de fonds : Plus de soixante millions partis dans la nature. Pendant une bonne partie de l'été, le cardinal a fait semblant que l'affaire ne le concernait pas. Son silence aura duré quatre semaines et demie. Quelques jours avant le jour de l'Assomption, Jean-Claude Hollerich a finalement fait envoyer un communiqué à la presse. Il y exprime sa « profonde indignation » devant le détournement, appelle à « faire la lumière complète » et encourage la mise en place de « tous les mécanismes de bonne gouvernance nécessaires ». La communication épiscopale restait étrangement convenue et plate : Aucun appel à la solidarité, ni à la mobilisation des ouailles, même pas de vague message d'espoir. « Dans la réalité, cela ne fonctionne pas ainsi », répond l'évêque auxiliaire Leo Wagener au *Land*. La Caritas serait « une vraie entreprise » : Pour traverser la crise actuelle, il faudrait des « professionnels », et pas des « bénévoles ». Le mutisme du cardinal a provoqué l'incompréhension dans une bonne partie de la communauté catholique. « Le Premier nous a dit qu'il communiquerait sur ce dossier », explique Leo Wagener.

L'archevêché a été aux abonnés absents de la gestion de crise. Était-ce par peur de devoir payer l'ardoise ? Par crainte de se salir les mains ? Ou pour ne pas exposer son cardinal papabile au reproche de ne pas avoir su gérer sa propre maison ? Quoiqu'il en soit, en conclusion de son communiqué de la mi-août, Hollerich passait la patate chaude aux experts externes : « Il incombe maintenant au comité de crise de réunir tous les prérequis nécessaires à une confiance renouvelée ». La Caritas ne semblait plus être son problème. L'archevêché a préféré laisser la main libre au Premier ministre qui avait immédiatement pris le *lead* du dossier. Comme lors du sauvetage des banques, Frieden a donc endossé le rôle du gestionnaire de crise. À la nuance près qu'en 2008, il devait encore rapporter à une instance supérieure en la personne de Jean-Claude Juncker.

Vu son caractère existentiel, la crise a été exclusivement abordée sous l'angle financier et administratif, comme problème purement managérial. Dans ses interventions publiques, Luc Frieden a présenté la Caritas comme un simple prestataire de services, une sorte de Dussmann non-commercial, qui fait ce qu'il est payé pour faire. Cette caractérisation peu flatteuse, car postulant une subordination vis-à-vis de l'État, aucune des organisations conventionnées n'a osé la contredire. (Au Luxembourg, les ONG ne mordent pas la main qui les nourrit.) Mais quoique crue, la caractérisation friedenienne n'est pas dénuée de fondement. À partir des années 1980, Caritas a monté une flopée de nouvelles associations gestionnaires pour suivre la demande étatique, étoffant son offre de crèches, de centres de réfugiés, d'accueils d'urgence pour SDF. Cette organisation semblait *too big to fail*. Même son concurrent libéral, la Croix-Rouge, aurait eu du mal à absorber d'un coup des centaines de salariés et des dizaines de structures. Au point que le Premier et PWC ont dû monter à la hâte une nouvelle structure.

L'analyse et la critique sociales qu'avait assurées la Caritas (et dont Luc Frieden avait souvent été l'objet en tant que ministre de la Justice) n'auront très probablement plus leur place dans la nouvelle structure, lancée par les notables patronaux. Les salariés s'occupant du « plaidoyer » politique ne seront pas repris par la nouvelle entité, pas plus que l'équipe travaillant sur les projets internationaux. Entre vingt et trente personnes perdraient leur emploi au Luxembourg, et c'est sans compter les très nombreux collaborateurs de la Caritas à l'étranger, dont les contrats ont été terminés. Au final, quelque 360 salariés devraient être repris par la « nouvelle Caritas », estime le secrétaire central de l'OGBL, Smail Suljic.

Pour l'Église, le naufrage de Caritas a donné une nouvelle urgence à une question plus ancienne mais toujours non résolue : Quel doit-être son rôle social et sociétal au XXI^e siècle ? Alors qu'en Allemagne, l'Église continue à gérer des crèches et cliniques, l'Église luxembourgeoise serait désormais « trop petite pour assurer cela », dit Leo Wagener. « On devra chercher des services complémentaires, trouver des niches », estime-t-il, sans réellement préciser lesquelles. La vente du *Wort* aux Flamands de Mediahuis a fait couler beaucoup d'encre en 2020. Une année plus tard, dans une interview accordée au *Soir*, Leo Wagener en donnait une explication peu sentimentale : « Il était à prévoir qu'à un certain moment, au lieu d'en retirer des recettes, l'archevêché devrait peut-être investir davantage

pour assurer la pérennité de ce média de qualité. Nous avons donc opté pour l'immobilier qui est plus fiable. » Et Wagener d'ajouter : Quitte à « perdre en influence ».

Ce réflexe de repli est perceptible auprès de quasiment toutes les structures sociales fondées au XX^e siècle par l'Église. L'archevêché s'est ainsi retiré de l'Asbl Jacques Brocquart, une organisation qui réunit sept internats pour lycéens et lycéennes à travers le pays. Jean-Claude Hollerich en a quitté le conseil d'administration en juillet 2021, sans nommer de remplaçant. La logique économique de l'archevêché est implacable. Sur le site de l'actuel Centre Convict, l'Église projette de construire des appartements, des bureaux et un hôtel quatre étoiles, le tout en *prime location*, surplombant la vallée de la Pétrusse. Ce projet immobilier – déjà très peu social en soi – ne prévoit pas de place pour l'actuel Internat du Convict (mieux connu sous le nom de « Boulette »), dont l'implantation future reste incertaine.

Un des titres officiels de Leo Wagener est celui de « vicaire général en charge des biens temporels de l'Église ». Dans ses interviews, il paraît souvent comme un comptable débordé. Face au *Land*, il évoque « la pression financière énorme » qu'il dit ressentir comme « eng richtig Belaaschtung ». Sa grande préoccupation, outre le casse-tête provoqué par l'entretien des 157 édifices religieux, c'est « la masse salariale » des prêtres, diacres et laïques embauchés depuis 2015 (et qui ne sont plus fonctionnarisés). Assurer ces salaires, ce serait assurer « eise *core-business* », disait Leo Wagener en décembre dernier sur *RTL-Radio*. « Nous avons beaucoup misé sur l'immobilier », continuait-il. Puis de regretter qu'avec la crise immobilière « nous devons explorer de nouvelles pistes », précisant que l'archevêché se ferait « conseiller par des externes ». En 2015, l'Église a embauché comme « économiste général » Marc Wagener. L'ancien directeur général du fabricant de cigarettes Heintz van Landewyck est devenu un personnage-clef de l'archevêché. Il dirige notamment Lafayette SA (présidée par Pit Hentgen) : Cette holding de l'Église pesait 126 millions d'euros en 2023, dont 119 millions d'actif immobilisé.

Même si la séparation avec l'État leur avait été imposée, Erny Gillen et Jean-Claude Hollerich ont, dans un premier temps, tenté de la présenter comme une potentielle libération. « Es ist ein Abkommen, das uns viel kostet, das viele Punkte beinhaltet, die uns weh tun, das aber auch Chancen für die Zukunft enthält », déclarait Hollerich en 2015 au *Wort*. Or, l'Église n'a jamais pris le temps pour développer une réflexion sur les suites de cette « césure ». Le quotidien et ses vexations ont immédiatement pris le dessus. À commencer par la lancinante guérilla judiciaire lancée contre l'archevêque par les irrédentistes des fabriques d'Église. Quand on l'interroge aujourd'hui sur les aspects positifs du divorce entre l'Église et l'État, Leo Wagener répond par « la détente » des relations avec « des partis qui affichaient un certain anticléricalisme » (et qui seraient les mêmes qui ont « initié cette séparation »). Avec le CSV, l'Église garderait « une certaine relation », mais celle-ci ne serait pas « possessive », ni dans un sens ni dans l'autre. (Face à *RTL-Radio*, Wagener avait estimé en décembre qu'avec Luc Frieden il y aurait « une plus grande convivialité ».)

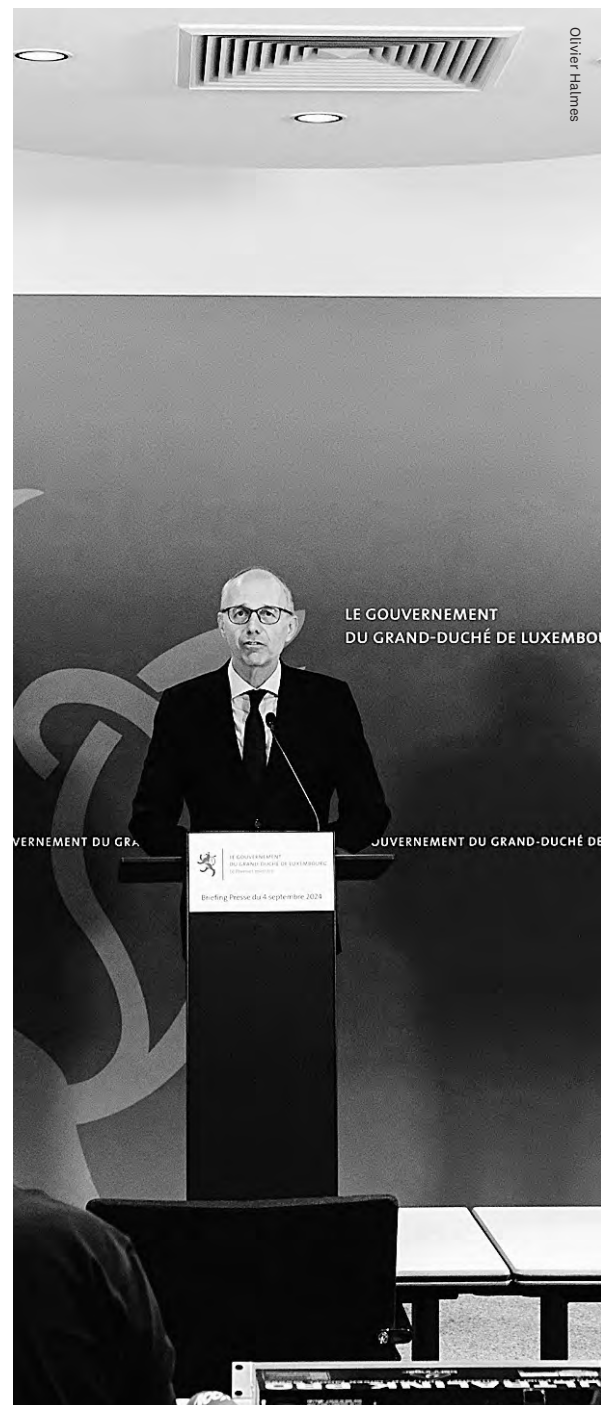
La « C-Famill » a volé en éclats. La dernière tentative d'en recoller les morceaux remonte à 2012. Marc Spautz, Patrick Dury, Robert Urbé, Marc Glesener et Théo Péporté avaient alors fondé « Les journées sociales du Luxembourg », une Asbl censée « favoriser la rencontre et le débat » entre le CSV, le LCGB, la Caritas, le *Wort* et l'archevêché. « Cela s'est dissous par la suite », a constaté Leo Wagener sur *RTL-Radio*. L'hégémonie catholique a sombré, et l'Église cherche refuge dans les niches.

Dans leur « plaidoyer » publié en amont des dernières législatives, la hiérarchie ecclésiastique s'est repliée sur ses positions traditionnelles, à commencer par « la protection de la vie – du début jusqu'à la fin » : Il serait ainsi « inconcevable » que le droit à l'avortement soit inscrit dans la Constitution, lisait-on dans ce papier de six pages. Si la liste des revendications inclut un court chapitre sur le droit d'asile, elle met surtout en avant les intérêts de la propre boutique, exigeant des conditions plus lucratives pour construire du logement abordable, une révision du cours « Vie et société », ainsi que davantage d'aides publiques pour la conservation du patrimoine « culturel et culturel ». La protection du climat et de la biodiversité est entièrement absente de ce document, alors qu'il y a cinq ans encore, Jean-Claude Hollerich avait manifesté au milieu des jeunes de Fridays for future.

Leo Wagener promet « un large débat d'orientation » sur l'avenir de l'Église luxembourgeoise. Il ne peut encore avancer de date précise, puisque le cardinal serait occupé à Rome par le synode, dit Wagener, « leider Gottes fir eis ». Pour les catholiques luxembourgeois, le cardinal reste une énigme. Son style de direction est décrit comme peu inclusif et solitaire. En bon jésuite, le cardinal laisserait parler (ce que la tradition ignatienne appelle « discerner »), et déciderait seul. Le cardinal se voit, lui, au-dessus des clivages : « Je suis avant tout le berger de tous », déclare-t-il dans un récent livre d'entretiens.

Jean-Claude Hollerich ne donne quasiment pas d'interviews à la presse luxembourgeoise. (Entre 2022 et 2024, le *Land* a adressé de multiples demandes d'interview, dont aucune n'a eu des suites.) Le cardinal préfère parler aux médias étrangers qui voient en lui un réformateur libéral, soulignant sa proximité avec le pape. Or, dans son fief, Jean-Claude Hollerich fait preuve d'un étrange faible pour les groupuscules traditionalistes et formalistes, qu'il a accueillis à bras ouverts, installant le séminaire Redemptoris Mater au Kirchberg, la fraternité Verbum Spei à Belval, les Servantes du Seigneur et de la Vierge de Matara au Cents. Sans oublier la reconnaissance des très droitiers Scouts d'Europe. Cette nouvelle faune inquiète les cathos luxembourgeois, plutôt consensuels. Or, par rapport aux « Kulturchristen » autochtones et leurs paroisses moribondes, ces courants minoritaires mais exaltés peuvent paraître dynamiques. L'Église fait pudiquement allusion à ces tensions. Dans sa contribution au synode, elle évoque des « lieux authentiques de vie chrétienne », tout en pointant « deux écueils majeurs » : « Celui du repli sur eux-mêmes, ou à l'inverse, celui de se laisser absorber par l'air du temps ». ●

Luc Frieden, mercredi dernier





Sven Becker

Feuilletton

Schlagersängerin
Sandy Botsch im
Stall

Dativ, Duden, Deutsch

|||| Stéphanie Majerus

Der Status der deutschen Sprache in Luxemburg wandelt sich. Verliert sie an Relevanz?

„Zicke-zacke“, ruft Cover-Sängerin Sandy Botsch ins Mikrofon. „Hoi, hoi, hoi“, antwortet die Menge im Stall auf der Fouer. Ehemalige Schulfreundinnen klatschen in die Hände, Berufskollegen genießen Bratkartoffeln, zwei frankophone Freunde aus Niger trinken Bier, Marjoline Frieden sitzt ohne ihren Lebensgefährten Luc Frieden rechts von der Bühne. Die Hälfte der Anwesenden versteht keine deutschen Schlagertexte, aber man grölt spontan mit. Später am Abend tritt der aus Koblenz angereiste Party-Schlagersänger Julian Sommer auf. Der 26-Jährige wurde vor zwei Jahren mit dem Hit *Dicht im Flieger* bekannt. Es ist ein Mitsinglied: „Alles egal, denn mein Kopf macht nur la-la-la-la, la-la-la-la.“

Deutsche Schlagermusik sorgt auf ein paar Nischen-events für Stimmung. Deutschsprachige Musik allgemein erreicht in Luxemburg keine Massen. Unter den Top-50-Songs auf *Spotify* wird für Luxemburg ein deutschsprachiger Titel angezeigt – *Bauch, Beine, Po* von Shirin David. Zwei französische Rapper haben ebenfalls ihr Publikum gefunden, Leto und Bolide Noir, doch englische Titel dominieren die Charts. Wird von jungen Menschen deutsche Musik gehört, ist es vor allem Rap-Musik, wie Lehrpersonal berichtet: Der Deutsch-Rap von Capital Bra, Apache, Trettmann und Sido schafft es auf ihre Playlisten. 200 Meter vom Stall entfernt hängen die Spielzeiten von Filmen im Utopia aus: Der deutsche Film *Alles Fifty Fifty* mit Moritz Bleibtreu wirbt mit Strandhintergrund neben einem Plakat, das die französische Schauspielerinnen Isabelle Huppert als Frau eines Gefängnisinsassen zeigt. Umgeben sind die Beiden von englischsprachigen Filmstars.

Hierzulande setzt sich deutsche Popkultur nicht in der Breite durch. Das Deutsche hat in einem anderen Bereich eine hohe Sichtbarkeit und unabdingbare Funktion: als Schriftsprache in Printpublikationen. Mit durchschnittlich 121 300 täglichen Leser/innen bleibt das *Luxemburger Wort* unangefochten die meistgelesene Zeitung. Das hält die Plurimedia-Studie von Ilres aus dem Jahr 2022 fest. Zählt man allerdings Berichte von der Internetseite *RTL.lu* mit ihren 200 000 täglichen Aufrufen hinzu, kann man feststellen, dass luxemburgische Publikationen Anklang finden. Unter den sechs Wochenzeitungen liegen die deutschsprachige *Revue* und der *Télécran* vorn; auf Platz drei taucht die portugiesischsprachige *Contacto* auf und auf Platz vier das zweisprachige *Lëtzebuurger Land*. Hohe Anteile erzielt das Deutsche auch beim Fernsehkonsum: Zwar schalten täglich 47 000 Personen *TF1* ein, womit der französische Privatsender die größte Reichweite besitzt, zusammengerechnet erreichen jedoch *ARD* und *ZDF* 80 000 Einwohner. Für viele Luxemburger/innen bleibt Deutsch weiterhin ein wichtiger Bezugspunkt beim Medienkonsum.

In den Bibliotheken ist die deutsche Sprache ebenfalls stark vertreten. Im Durchschnitt führen die zwölf öffentlichen Bibliotheken knapp 60 Prozent deutschsprachige Bücher, während das Französische mit 25 Prozent weit zurückbleibt, ebenso wie das Luxemburgische mit einem Anteil von circa sieben Prozent. Auch im eher frankophon geprägten Süden zeigt sich dieses Verhält-

[...]

[Fortsetzung von Seite 13]

nis in der Escher Stadtbibliothek. Auf Nachfrage teilte deren Direktorin Tamara Sondag mit, dass sie 15 000 deutsche Titel führen und 45 Prozent der Ausleihen auf diese entfallen, dicht gefolgt von Ausleihen französischer Werke mit 43 Prozent. Allerdings könnte sich der Trend in den kommenden Jahren wandeln, da die Direktorin der Escher Stadtbibliothek beobachtet, dass sich die Jugend zunehmend für englische Bücher interessiert. Ein großes Interesse am Englischen stellt darüber hinaus der eBook-Verbund der öffentlichen Bibliotheken fest; im Vergleich zu deutschen Titeln, werden englische doppelt so häufig bestellt. Auch aus der Bibliothek des Escher Jonglycée heißt es, englische Werke seien mittlerweile am beliebtesten während deutsche hinter französischen rangieren. Anders gelagert ist der Sprachenanteil in den Buchhandlungen: Im Alinéa führt die Sprache des südlichen Nachbarlandes die Liste an, was auch für das Büchergeschäft Promoculture und die Ernster-Läden in Luxemburg-Stadt gilt. Das deckt sich mit einer Ilres-Befragung aus dem Herbst 2023, wonach 78 Prozent der über 1 000 Befragten angaben, französische Bücher zu lesen, und 67 Prozent deutsche. Im Jahr 2001 lag der Anteil der deutschsprachigen Leser noch bei 79 Prozent.

Dass die deutsche Sprache im öffentlichen Raum, am Arbeitsplatz oder im Privaten kaum gesprochen wird und ihre Anwendung im multilingualen Kontext zunehmend schrumpft, verdeutlichte der Bericht *Une diversité linguistique en forte hausse*, den der Statec diesen Frühling veröffentlichte. Englisch wird am Arbeitsplatz mittlerweile häufiger gesprochen als Deutsch (das einem Anteil von 22 Prozent entspricht); an erster Stelle rangiert das Französische. Darüber hinaus sprechen zwei Drittel der Bevölkerung weder im öffentlichen Raum noch am Arbeitsplatz Deutsch. Die meisten deutschsprachigen Einwohner wohnen – wenig überraschend – im Osten des Landes; in Mertert erreicht der Anteil zehn Prozent, in Niederanven acht Prozent. Deutsch als Umgangssprache am Arbeitsplatz kristallisiert sich ebenfalls entlang der Grenze zu Deutschland heraus: In Biwer erreicht der Anteil 56 Prozent und in Grevenmacher 50 Prozent – vermutlich liegt dies an deutschen Grenzgängern sowie Kunden von der anderen Seite der Mosel. Auch die Grenze zu Ostbelgien sticht in der Statistik hervor und verzeichnet einen Anteil von über 40 Prozent, wie es auch für Ettelbrück der Fall ist – hier arbeiten verhältnismäßig viele Deutsche und deutschsprachige Belgier im Krankenhauswesen. Von den hierzulande Lebenden, die Deutsch als Hauptsprache angeben, sind 2,7 Prozent belgischer Nationalität und 80,8 Prozent deutscher. Vermutlich fallen unter den Restanteil nicht nur Naturalisierte, Schweizer und Österreicher, sondern auch Eheleute mit einem gemischten Sprachen- und Nationalitätenhintergrund, die sich auf Deutsch als Konsenssprache festgelegt haben. Die Zahl der Personen, die Deutsch als Hauptsprache angeben, ging zudem zurück; waren es 2011 noch 16 400, sind es 2021 nur noch 14 700. Der Sprung ins Luxemburgische ist den 2011 Befragten inzwischen vielleicht nicht sonderlich schwergefallen.

Obwohl die deutsche Sprache in der Breite der Gesellschaft zunehmend eine Randposition einnimmt, spielt sie im schulischen Kontext eine zentrale Rolle: Alphabetisiert wird auf Deutsch. Ab nächster Septemberwoche werden wieder rund 65 Prozent der Schüler/innen eingeschult, die zu Hause kein Luxemburgisch sprechen. Nur an vier Pilotschulen werden seit 2022 Schüler/innen auf Französisch alphabetisiert, wobei sie gemeinsam mit auf Deutsch alphabetisierten Kindern an Unterrichtseinheiten teilnehmen, in denen auf Luxemburgisch gesprochen wird. Erste Ergebnisse zeigen, dass portugiesischsprachige Kinder und Kinder aus romanophonen Familien dadurch eine höhere Lesefreude aufweisen als ihre Referenzgruppen. Auch die Eltern entwickeln einen positiveren Bezug zur Schule, da sie sich in der Lage fühlen, ihre Kinder auf ihrem Bildungsweg zu unterstützen, erläutert Sonja Ugen vom Lucet, die das Bildungsmonitoring durchführt. Gegenüber dem *Land* gibt die studierte Psychologin außerdem an, dass ein neuer Bildungsbericht für Dezember 2024 in Druck gehen wird. Darin wird zu lesen sein, die Gesamtkompetenz der Schüler/innen habe sich seit 2011 kaum verändert, jedoch korrelieren Leistungsunterschiede stark mit den sprachlichen Biografien und der sozioökonomischen Herkunft. In einer Untersuchung zur frühkindlichen Erziehung fand das Lucet zudem heraus, dass Kinder, die zu Hause nur Französisch oder Portugiesisch sprechen, im deutschen Hörverstehen schlechtere Ergebnisse erzielen als im luxemburgischen. Bei luxemburgisch sprechenden Kindern

Obwohl die deutsche Sprache in der Breite der Gesellschaft zunehmend eine Randposition einnimmt, spielt sie im schulischen Kontext eine zentrale Rolle

ist das nicht der Fall, die Sprachaneignung des Deutschen fällt Luxemburger Muttersprachlern demnach leichter, so die Schlussfolgerung.

Fast 50 000 Schüler/innen befinden sich derzeit in einem 13 Jahre andauernden Deutsch-Curriculum. Deutschlehrer/innen berichten, dass vor allem im technischen Lyzeum viele Schüler/innen angeben, außerhalb der Schule kaum in Kontakt mit der deutschen Sprache zu kommen, was ihre Motivation, die Sprache zu erlernen, einschränke. Das hatte konkrete Auswirkungen während der Pandemie, wie das Lucet in einer Studie festgestellt hat: Im Lockdown hat sich die Diskrepanz der Sprachkenntnisse verschärft. Auch in Luxemburg-Stadt treffe man im Classique auf frankophone Expat-Kinder, bei denen die Bereitschaft, Deutsch zu lernen, gering sei, da die deutsche Grammatik als undurchschaubar empfunden werde, so eine Lehrerin aus dem Athénée. Hinzu kommen regionale Unterschiede: Der Bezug zum Deutschen ist im Norden und Osten des Landes stärker verankert. Neben Schreib- und Hörfähigkeiten beschäftigt jedoch insbesondere eine Frage die Deutschlehrer/innen: „Wéi kréie mer eis Schüler/innen rem un d’Liesen?“ Das Interesse an Sprache und Literatur bleibt zunehmend hinter den MINT-Fächern zurück. Die Jugend träume von Start-up-Gründungen und Bitcoin-Käufen.

Das Urteil über die deutsche Sprache fällt bei Jüngeren tendenziell jedoch positiver aus. Zwar bewerteten von 2 000 Befragten, von denen 86 Prozent luxemburgische Muttersprachler sind, viele die deutsche Sprache als die unmelodischste der drei Amtssprache, doch das trifft vor allem auf ältere Befragte zu, wie es eine Untersuchung der Germanistin Regina Stölben ergab. Schüler/innen bewerten die deutsche Sprache darüber hinaus zu 59 Prozent als „(sehr) weich“, jedoch gilt: Je höher der Bildungsabschluss, desto seltener wird Deutsch als „(sehr) weich“ eingestuft. Die Bewertungen hingen außerdem vom geografischen Wohnort ab. Im Kanton Grevenmacher, also entlang der deutschen Grenze, wurde Deutsch positiver bewertet als im Zentrum und Süden des Landes.

„Deutsch in Luxemburg ist derzeit in einer interessanten Position. Es hat eine traditionell starke Stellung in Bereichen wie dem Mediensektor und der schulischen Alphabetisierung, zugleich ist es aber am stärksten von Veränderungen im Gefüge der Mehrsprachigkeit betroffen“, analysiert Christoph Purschke, Linguist an der Universität Luxemburg, die aktuelle Situation. Deutsch stehe dabei in doppelter Hinsicht unter Druck: „Durch den Ausbau des Luxemburgischen – besonders die Entwicklung einer gesellschaftlich getragenen Schriftlichkeit – fällt die Rolle der deutschen Sprache als geschriebene Brückensprache zunehmend weg.“ Insofern könnte man auch die Frage aufwerfen: „Werden künftig vermehrt luxemburgische Texte in der Tagespresse gedruckt? Wird das *Land* bald seine Interviews während

der Transkription nicht mehr auf Deutsch übersetzen?“ Die deutsche Sprache werde zudem durch die wachsende Bedeutung von Englisch und Französisch – angesichts der demografischen Entwicklung – auf dem Luxemburger Sprachenmarkt zunehmend marginalisiert, so der Linguistikprofessor.

Viele Fragen seien aber noch offen: „Beispielsweise, inwieweit sich die Standardisierung durchsetzen wird. Das Luxemburgische weist ein großes Variationsspektrum im Gesprochenen und Geschriebenen auf. Zwar wird mittlerweile viel auf Luxemburgisch geschrieben und gelesen, etwa in den sozialen Medien, aber das sagt wenig darüber aus, wie hoch die formale Schreibkompetenz ist. Vor allem fehlt aktuell der politische Wille zu einer umfassenden schulischen Vermittlung der Sprache.“ Auch sei nicht klar, wie weit sich die digitale Unterstützung für die Sprache entwickelt: „Zwar transkribiert die Spracherkennungs-App Lux-ASR, die der Linguist Peter Gilles entwickelt, schon Debatten im Parlament, und *ChatGPT-4* gibt Text in relativ richtigem Luxemburgisch aus, aber die Unterstützung für Luxemburgisch auf Computern und Mobilgeräten ist noch sehr limitiert“, so Purschke

In politischen Debatten, der Kammer und politischem Informationsmaterial hat sich mittlerweile die Kombination aus französischen und luxemburgischen Texten durchgesetzt. Parlamentarische Anfragen beginnen immer häufiger mit „Här President“ und enden mit „mat déiwem Respekt“. Bei den Wahlen im Oktober 2023 war zu beobachten, dass das Luxemburgische in parteipolitischen Broschüren das Deutsche verdrängt hat. Der *Gemengebuet* wird in einigen Kommunen ganz selbstverständlich auf Luxemburgisch verfasst, ebenso wie die Cactus-Werbung im *Wort*. Auffallend ist zudem, wie die luxemburgische Sprache innerhalb der Luxemburgensia-Sparte in der Nationalbibliothek an Terrain gewinnt: Aus ihren Zahlen gehen für 1970 nur 36 luxemburgischsprachige Werke hervor, gefolgt von einer Steigerungskurve, die mittlerweile bei etwa 350 Werken liegt. Der Zuwachs lässt sich jedoch vor allem durch Kinderbuch-Übersetzungen erklären, wie der BNL-Bibliothekar und Autor Yorick Schmit erklärt. Die Nationalbibliothek ist verpflichtet, alle in Luxemburg publizierten Dokumente zu archivieren, und dabei wurden für das Jahr 2022 1 100 Dokumente auf Französisch und 1 000 auf Deutsch archiviert. Der BNL-Bibliothekar Schmit sagt, beide Sprachen würden sich seit Jahrzehnten die Waage halten, was auch daran liege, dass von staatlichen Behörden publizierte Dokumente zumeist in beiden Sprachen verfasst werden. Der Anteil an literarischen Werken sei in beiden Sprachen ebenfalls seit Jahren stabil und ähnlich hoch, wobei hier wohnhafte Autoren prosaische Texte bevorzugt auf Deutsch schreiben und Gedichte eher auf Französisch. Ruft man die eLuxemburgensia-Seite auf, liegt der Anteil an digitalisierten deutschen Dokumenten mit 63 Prozent deutlich vorn. Diese Zahl ist allerdings nur begrenzt aussagekräftig, da die meisten Zeitschriften nur bis ins Jahr 1980 digitalisiert sind; dennoch zeigt diese vorläufige Statistik den hohen Stellenwert des Deutschen in der luxemburgischen Medienlandschaft.

Etwas überrascht zeigte sich das luxemburgische Feuilleton und hiesige Linguisten, als vor zwei Jahren die erste Auflage des neuen Dudens Luxemburger Standarddeutsch herauskam. Denn eigentlich gingen Luxemburger davon aus, das in Luxemburg gesprochene Deutsch sei Hochdeutsch und enthalte keine lokalen Varianten. Der Herausgeber Heinz Sieburg, Professor für germanistische Linguistik und historische Sprachwissenschaft des Deutschen, sieht das jedoch anders. Das Deutsche habe in Luxemburg Eigenheiten entwickelt, die es in anderen deutschsprachigen Ländern nicht gebe. Sieburg nahm in seine Duden-Ausgabe Wörter wie „Bijouterie“, „Commodo-Antrag“, „Chamberwahl“, „Parking“, „Rummel“, „Rieslingkönigin“, „Sekurist“, „Telearbeit“, „Velo“ und „vulnerabel“ auf – aber erst, nachdem er sie mehrmals in luxemburgischen Zeitungen aufgespürt hatte. Christoph Purschke war seinerseits ziemlich erstaunt, als er zum ersten Mal in Luxemburg das Wort „Rundtischgespräch“ hörte. Seiner Meinung nach müsste man die Recherche von Sieburg auch auf den gesprochenen Wortschatz und phonetische Merkmale ausweiten: „Luxemburger sprechen im Deutschen einige Laute anders aus, so klingt das ‚a‘ häufig recht dumpf. Auffällig ist auch die Satzmelodie sowie die fehlende Unterscheidung von ‚ch‘ und ‚sch‘.“ Allgemein stelle die Linguistik eine Diskrepanz zwischen der Relevanz deutschsprachiger Medien und Literatur sowie dem gesprochenen Deutsch fest – es komme laut Purschke in Luxemburg fast nie vor, dass man sich auf Deutsch unterhalte – außer mit Deutschen. ●

LÄSTERLITANEIEN

Landeverbot für Helikoptereltern?

IIII Guy Rewenig

Notizen zum heimtückischen Begriff „verwinnte Schwäin“

Ja, es ist immer wieder schön, wenn Eltern ihre Kinder auf Händen tragen. Diese zartbesaiteten, zerbrechlichen Wesen verdienen es, nach Kräften abgeschirmt und behütet zu werden. Mit der Brutalität der Welt werden sie noch früh genug konfrontiert. Man muss sie ja nicht von der Wiege an ins Elend stürzen. Eltern sind gut beraten, ihre Kleinen in Watte zu packen. Oder sofort in einen dauerhaften *safe space* zu verfrachten. Wenn sie mit ihren Schützlingen reden, sollten sie vor allem darauf achten, unablässig zu betonen: Du bist der/die Beste. Du bist der/die Einmalige. Dir ist keiner gewachsen. Du steckst alle anderen in die Tasche.

Die Brutalität der Welt äußert sich besonders krass in der Schule. Machen wir uns klar: Was ist die Schule? Nichts anderes als ein Ort des Grauens und der Grausamkeit, eine fatale Einrichtung zur Trennung von Kindern und Eltern. Die Kleinsten werden aus den Schutzvorrichtungen der Eltern entfernt und für ein Experiment zwangsrekrutiert, das sich „soziale Kompetenz“ nennt. Man reißt sie aus dem kuscheligen Elternnest und setzt sie in einen Klassensaal, wo es von Fremden wimmelt. Auf diesen traumatischen Einschnitt sollten Eltern ihren Nachwuchs vorbereiten. Kevin, pass auf, trau deinen fremden Klassenkamerad/innen nicht. Sie wollen dich alle nur unterbuttern. Nora, du musst dich nicht gleich sozial verhalten, nur weil Asoziale dich dazu auffordern. All diese Fremden wollen dich zu Fall bringen. Wir aber wollen nur dein Bestes.

Wie unerhört repressiv die Schule mit jungen Menschen umspringt, möchten wir anhand eines authentischen Luxemburger Falls illustrieren. Die Presse hat neulich die merkwürdige Angelegenheit wieder aufgegriffen (siehe *Luxemburger Wort*, 3.7.24). Im Frühjahr 2022 wirft ein jugendlicher Flaschen aus dem zweiten Stock seiner Schule. Postwendend verhängt die Schule eine Strafe: Der Flaschenschleuderer muss nachsitzen, ihm wird die berüch-

Was genau ist eine „Retenue“? Nichts weiter als Isolationshaft. Ein ertappter Schüler wird stundenweise eingekerkert und von einem übelgelaunten Wärter überwacht

tigte „Retenue“ aufgebrummt. Das nehmen seine Eltern nicht hin, sie ziehen vor Gericht, weil ihnen zufolge die Persönlichkeitsrechte ihres Sohnes verletzt wurden. Wir möchten vorausschicken: Derart couragierte Eltern sind ein leuchtendes Vorbild. Schade nur, dass sie fast keine Nachahmer finden.

Was genau ist eine „Retenue“? Nichts weiter als Isolationshaft. Ein ertappter Schüler wird stundenweise eingekerkert und von einem übelgelaunten Wärter überwacht (vermutlich ein Stagiaprofessor, der zum Notdienst abkommandiert wurde). Versucht der Eingesperrte zaghaft, mit seinem Wärter einen anregenden Dialog einzufädeln, schallt es ihm knallhart entgegen: Halt die Klappe, du Flasche! Nicht einmal humane Haftbedingungen werden hier respektiert. Der Sträfling wird behandelt wie der letzte Dreck. Das prangern wir entschieden an.

Es wird nämlich gezielt unterschlagen, was für ein hochbegabter Schüler der arme Knabe ist. Wahrscheinlich hat er schon in frühen Jahren davon geträumt, einmal ein

berühmter Physikexperte zu werden. In der Tat beherrscht er die physikalischen Grundgesetze aus dem Effeff. Vielleicht war sein Flaschenwurf nichts anderes als eine Demonstration, an der sich seine Mitschüler/innen ein Beispiel nehmen sollten. Vielleicht wollte er mit Sachverstand und Akkuratessse vorführen, wie sich fliegende Objekte im Raum verhalten. Mit welcher Geschwindigkeit fallen Flaschen? Welche Flugbahn beschreiben sie? Was geschieht, wenn sie aufprallen? Es ist doch eine Binsenweisheit, dass bei physikalischen Experimenten immer mal wieder Flugkörper durch die Lüfte wirbeln. Warum sollte einem experimentierfreudigen Schüler verwehrt bleiben, was einem gestandenen Physiklehrer jederzeit erlaubt ist?

Ist es nicht tröstlich, dass wenigstens die liebevollen Eltern ihr Kind in Schutz nehmen? Vielleicht schmeißt er auch zu Hause mit Tassen und Tellern um sich, die Eltern sind gerührt und ergötzen sich an der permanenten Physiklektion. Sie sagen sich: Unser Kind hat eine große Karriere vor sich. Bald wird es in den Hörsälen der famosesten Universitäten seine Künste zum Besten geben. Wir lassen nicht zu, dass ihm in der Schule das Genick gebrochen wird. Wenn die Schulleute nicht in der Lage sind, frühreife Wissenschaftskoryphäen zu erkennen und zu fördern, sind wir gezwungen, gegen die Schule vorzugehen. Vor den grünen Tisch mit diesen unbedarften Amateuren! Die Richter sollen sie zur Höchststrafe verdonnern.

Leider wird immer wieder von einer lautstarken Minderheit dazwischengefunkt. Bezeichnen wir sie mit dem Sammelbegriff: Feinde des christlichen Abendlandes (Fecal). Berserkerhaft verteidigen sie die öffentliche Schule. Wenn man ihnen zuhört, hat man den Eindruck, die Schule sei eine fortschrittliche Baustelle für das Gemeinwesen. Sie scheuen sich nicht einaml, die Institution Schule als eine

[...]

Dir ist keiner gewachsen, Kleiner



[Fortsetzung von Seite 15]

wichtige Reparaturwerkstatt zu bezeichnen, in der lädierte Kinder völlig erziehungsunfähiger Eltern wieder zusammengeflickt werden. Außergewöhnlich talentierte Schüler wie unser Flaschenschmeißer werden von den Fecal-Aktivisten als Störer, Systemsprenger und Gefährder der sozialen Harmonie verunglimpft. Das ist empörend ungerecht gegenüber Kindern, die sich durch hohe schöpferische Intelligenz auszeichnen.

Wir müssen unbedingt wieder unserem Bauchgefühl vertrauen. Da wir Luxemburger in der Regel stattliche Bäuche haben, verfügen wir über viel Lagerkapazität für das besagte Gefühl. Aus dem Bauch heraus erklären wir uns die Welt. Das unterscheidet uns von den verdammten Fecal-Anhängern, die nur aus dem Kopf heraus argumentieren. Sie schwafeln ständig von der Ratio, der Mitmenschlichkeit, der Achtung, der Hilfsbereitschaft, der Akzeptanz und verwandten Hirngespinsten. Sie führen das „gemeinschaftliche Denken“ ins Feld, das Erlernen der „polyvalenten Gemeinsamkeit“, oder den angeblichen Auftrag der Schule, rücksichtsvolle und empathische Bürger/innen mit ausgeprägter Frustrationstoleranz heranzuziehen. Kopflastiger geht's wohl nicht. Wir hingegen betonen energisch: der Bauch ist unser zentrales menschliches Organ. Der Kopf ist nur ein nutzloses und überflüssiges Anhängsel, ähnlich wie der Blinddarm.

Wir militanten Bauchmenschen brauchen dringend wieder starke Vorbilder. Beispielhafte Eltern, echte Vorreiter von Güte, Zuwendung und Fürsorglichkeit. An den verantwortungslosen Rabeneltern (ausnahmslos aus Fecal-Kreisen), die ihre Kinder bedenkenlos der gefährlichen, moralisch verkommenen Schule ausliefern, dürfen wir uns nicht orientieren. Vielmehr sollten wir uns anregen lassen durch ein fabelhaftes Paar, das hierzulande wie kein zweites die Werte der anspruchsvollen Elternschaft verkörpert: Wir reden von unserm wunderbaren Erbgroßherzog und seiner nicht minder betörenden Gattin.

Diese nachahmenswerten königlichen Hoheiten haben den Morast der öffentlichen Schule längst durchschaut. Sie kümmern sich höchstpersönlich um ihre Kinder und bewahren sie so vor dem Verderben. Damit ihre Kinder optimal wachsen und gedeihen, bauen sie ihnen und sich sogar ein Schloss mit allen Schikanen, einen wunderschönen Raum für die freiheitliche Entfaltung ihrer Nachkommen. Wie wohldurchdacht dieses Projekt ist, zeigt sich allein an der Tatsache, dass das neue Schloss unmittelbar neben dem alten Schloss errichtet wird. Kein sturer Separatismus also, keine Abkapselung oder Abwendung, sondern ein ostentativ freundliches Neben- und Miteinander. So kann das erbgroßherzogliche Paar jederzeit seinen Eltern und Schwiegereltern zur Seite springen, wenn diese sich vor Altersschwäche oder seelischer Not im Labyrinth des alten Schlosses verirren sollten (sofern sie nicht rechtzeitig ins Fischbacher Exil oder aufs Altenteil in Biarritz abgeschoben werden). Es ist ja nur ein Sprung von Alt zu Neu. Der Erbgroßherzog wird es sich nicht nehmen lassen, täglich einen kleinen Kontrollgang zu absolvieren, um nachzuschauen, ob seine betagten Eltern noch nicht auf Nimmerwiedersehen in den unzähligen Räumen des alten Schlosses verschollen sind. Denn sollte diese Fatalität eintreten, muss er ja sofort auf den Thron springen.

Die wundersame Schösservermehrung, die unser verehrter Erbgroßherzog angestoßen hat, ist übrigens auch ein Paukenschlag wider die herrschende Wohnungsnot. Seine Königliche Hoheit zeichnet den Rettungsweg vor: Schluss mit dem ewigen Gejammer. Hören wir auf mit der ständigen Schlamperei im Baugewerbe. Bauen wir mehr Schlösser. Stante pede und ohne Widerrede. Schalten wir die störrischen Bürgermeister/innen kurz. Stampfen wir die Baugenehmigungen tausendfach aus dem Boden.

In Colmar-Berg war der Erbgroßherzog natürlich auf Widerstand gefasst. Dort herrscht nämlich eine Piratin, also eine Art furchterregendes Gegenstück zu Johnny Depp in seiner Rolle als Schrecken der Karibik. Kein Wunder, wenn diese freibeuterische Dame Kleinholz aus dem Erb-

Schloss Berg soll einen Nachbarn erhalten. Die Medien berichteten, die Nation war entzückt

großherzog machen würde: Ich lasse mir nicht von einem drängelnden Blaublütigen diktieren, wie ich meine Gemeinde zu führen habe! In Colmar-Berg werden alle Einwohner nach den gleichen Maßstäben behandelt. Nix Baugenehmigung, nix Verschandelung der Natur, und wenn der größtewahnsinnige Schlossherr immer noch nicht klein beigt, muss ich eben auf die klassische Piratenprozedur zurückgreifen: Säbel raus, Augenklappe aufsetzen, Totenkopfflagge hissen, das königliche Areal mit meinen Gemeindevasallen stürmen und besetzen, den Erbgroßherzog samt Gattin fesseln, notfalls die Kinder kidnappen zu ihrem eigenen Wohl.

Doch oh Wunder! Nichts von alldem. Die amtierende Piratin küsste dem Erbgroßherzog sofort die Füße. Alle PAG/PAP-Beschränkungen in Windeseile aufgehoben, die Baugenehmigung ultraschnell aus dem Hut gezaubert, das Piraten-Credo über Bord geworfen. Das zeigt plastisch, welche Überzeugungskraft ein makelloser Vater ausstrahlt, der vor Liebe für seine Kinder fast schmilzt. Wenn sogar eine knallharte Piratin weich wird und sich im Nu zur glühenden Monarchistin wandelt, wird es sicher ein Leichtes sein, auch andere, viel behäbigere und verschlafenere Bürgermeister/innen im Handumdrehen für die Schlös-seridee zu gewinnen.

Ja, unser Erbgroßherzog hat vollkommen recht. Jedes Kind verdient ein schönes Schloss. Und zwar mit Helikopterlandeplatz im Vorgarten. Damit seine besorgten Eltern sofort ausschwirren können, wenn sich Unheil im öffentlichen Raum – lies: in der Schule – ankündigt. *Let's make it happen!* Wenn wir uns ein bisschen anstrengen, können wir sogar zum Land mit der weltweit höchsten Schlös-serdichte werden. Wir müssen nur den abgegriffenen Spruch *My home is my castle* umkehren: *My castle is my home!* So nähern wir uns mit Riesenschritten dem Ideal aller leidenschaftlichen Helikoptereltern: Jedes Kind soll ein Prinz oder eine Prinzessin sein, unantastbar in seiner glanzvollen Unübertrefflichkeit.



Oliver Halmes

Ja, unser Erbgroßherzog hat vollkommen recht. Jedes Kind verdient ein schönes Schloss. Und zwar mit Helikopterlandeplatz im Vorgarten

Die Fecal-Bande wird einwenden (können Sie überspringen): „Ja, wer von Gottes Gnaden lebt, das heißt von unseren Steuergeldern, der kann sich alles leisten. *Dee ka sech och e Luxusstall fir seng verwinnnte Schwäin* bauen.“ Wie bitte? Hören wir recht? *Verwinnte Schwäin*? Redet ihr so von Kindern, die großzügig mit Liebe überschüttet werden? Davon kann es gar nicht genug geben, ihr verhärmtten, verkopften, vergammelten, neidischen Rabauken.

Außerdem geht es hier um die Behebung der Wohnungsnot und nicht um das Gottesgnadentum. Wer persönlich motiviert ist, kann sich auch Gottes Gnade sichern. Einfach einen Antrag stellen, die Vorladung abwarten, dann beherzt vor die Gottesgnadentum-Jury treten und nachweisen, dass man in der Lage ist, es dem Erbgroßherzog gleichzutun. Aber das kriegt keiner hin. Weil hier alle immer schon aufgeben, bevor es ernst wird. Meckern und pöbeln fällt eben leichter. Es ist einfach nur billig und trist, die eigenen Versäumnisse auf unseren gottbegnadeten Erbgroßherzog abzuladen. Dieser Mann macht wenigstens konstruktive und kinderfreundliche Wohnungsbaupolitik. Und jetzt? Uns bleibt nur, mit Bertolt Brecht zu klagen: Der Vorhang zu und alle Fragen offen. ●

Notizen aus Venedig

IIII Marc Trappendreher

Kontrolle, Dominanz und Sinnfragen: Rückblick auf die 81. Mostra

Das Filmfestival von Venedig gilt neben dem in Cannes als das prestigeträchtigste der Welt. Die Filme, die um den Goldenen Löwen konkurrieren, gelten weithin als Auftaktreihe für das Rennen um die Oscars. Auch die 81. Ausgabe des langjährigen Festivals brachte viele herausragende Werke der internationalen Filmkunst zusammen. Dabei fanden die sehr diversen Filme unterschiedlich schnell zu ihren thematischen Konstanten: Immer wieder verhandelten die Beiträge im Hauptwettbewerb Machtfragen. Dabei ging es um Kontrolle und Dominanz. Sie stellten aber auch die großen Sinnfragen: nach dem Leben, der Liebe und dem Tod. Und sie erzählten von Bildern, die lügen.

Jury-Präsidentin Isabelle Huppert musste sich vergangenen Samstag entscheiden: Von den 21 Filmen, die dieses Jahr im Hauptwettbewerb standen, fallen vor allem die Auszeichnungen von *Babygirl*, *The Brutalist* und *The Room Next Door* auf.

Besonders die Schauspielleistung von Nicole Kidman in *Babygirl* konnte die Jury überzeugen. Die niederländische Regisseurin Halina Reijn erzählt in diesem Film von der Beziehung zwischen Romy, der erfolgreichen CEO eines Unternehmens, das sich auf Robotisierung und Automatisierung – ein zentrales Thema des Films – spezialisiert hat, und dem deutlich jüngeren Praktikanten Samuel. Rein oberflächlich betrachtet steht *Babygirl* irgendwo an der Schnittstelle zwischen *Fifty Shades of Grey* (2015) und *Tár* (2022): Als ein Film, der ebenso die Vorstadt-Fantasie dekonstruiert, wie er von unbefriedigter weiblicher Lust und dem Machtgefälle in sozialen Beziehungen erzählt, im Privaten wie auch am Arbeitsplatz.

Geben die Bilder familiären Glücks im trauten Heim sich als überaus spießig und allzu illusorisch zu erkennen, nimmt Halina Reijn die Machtverhältnisse am Arbeitsplatz umso klarsichtiger in den Fokus: Macht existiert nie allzu lang im Vakuum. Ist sie erst einmal destabilisiert oder verschiebt sie sich, werden die entstehenden Leerräume gleich wieder gefüllt. Am Ende gewinnen nicht die, die sich zu etwas Schlechtem gut verhalten, sondern die, die ihre Chancen zu nutzen wissen.

Nicole Kidman ist dabei in einer ihrer besten Rollen zu sehen: Ihrem Hollywood-Schauspieler entsprechend gecastet, ist sie in *Babygirl* wenig einfühlsam, spielt unterkühlt und aus der Distanz. Die selbstironischen Verweise auf Nicole Kidmans Eingriffe gegen den Alterungsprozess ihres Körpers, die in der Boulevardpresse überaus rege diskutiert werden, führt *Babygirl* spielerisch und selbstironisch mit. Der Film ist eine Mischform aus verschiedenen Genres, die von der Suburbia-Illusion erzählt; es sind klisierte Bilder, die klisiertes Denken ausstellen.

Über den Status der Bilder denkt auch Pablo Larraín in *Maria* nach, dem Film um die berühmte griechische Opernsängerin Maria Callas, die kurz vor ihrem Tod Ende der Siebziger noch einmal an ihre frühere Karriere anknüpfen will. Gerade die Bezüge zwischen dem Rollenbild der Hauptdarstellerin Angelina Jolie und der Figur der Callas als eine Frau im Kreuzfeuer der Boulevardpresse sind evident. Es ist dies ein ebenso klarer Bezug zwischen Schauspielerin und Figur, wie Nicole Kidman ihn selbstironisch in *Babygirl* setzt. Deziert und konsequent aus der Frauenperspektive geschildert, ist *Maria* ein neuer, dekonstruktivistischer Blick auf das Biopic und

Immer wieder verhandelten die Beiträge im Hauptwettbewerb Machtfragen

nach *Jackie* (2016) und *Spencer* (2021) der Abschluss von Larraíns großen Frauenporträts.

Seiner Diva, der Callas, gönnt Larraín hier jedoch keine Momente des Aufatmens, des wahren Freiheitsgefühls. Vielmehr setzt er auf eine metareflexive Ebene: Um ihr Comeback vorzubereiten, will Maria Callas einem Reporterteam ein längeres Interview geben. Das Team indes existiert gar nicht; es ist eine Wahnvorstellung, und ob sie durch die Tabletensucht der Callas hervorgerufen wird oder aus dem unendlichen Sehnsuchtsgefühl nach neuem Ruhm, wird nie ganz klar. Die Aufnahmen, die der Film zeigt, sind überaus trügerisch – der Schluss, den Larraín nahelegt, indes nicht: Bildern ist nicht zu trauen, auch den Filmbildern Larraíns nicht. Der Callas ist nicht beizukommen, so sehr geht eine Idee von „tatsächlicher Wahrheit“ hinter den Ebenen aus dem Bild in der Öffentlichkeit, der Privatperson und dem Mythos verloren. Angelina Jolie kann sich mit *Maria* ein Stück weit von ihrem Rollenimage als Männerfantasie lösen – was eine Befreiung zumindest für die Schauspielerin, wenn schon keine für die Figur der Callas ist.

Der amerikanische Regisseur Brady Corbet geht in seinem selbstreflexiven Ansatz noch deutlich weiter. Maria Callas kennt man. Die Hauptfigur in *The Brutalist*, dem neuen, dritten Spielfilm des 34-jährigen Regisseurs, mag einem gänzlich unbekannt vorkommen. In *The Brutalist* sehen wir Adrien Brody als aufstrebenden Architekten Lázlo Tóth, ein ungarischer Jude, der den Holocaust überlebt hat. 1947 reist er in die USA ein und soll zu einem der bedeutendsten Vertreter der Nachkriegsarchitektur des Brutalismus werden. So, wie Corbet in seinen beiden ersten Werken *The Childhood of a Leader* (2015) und *Vox Lux* (2018) zwei sehr unterschiedliche Aufsteigergeschichten erzählte, so verfolgt er dieses Narrativ in *The Brutalist* weiter: Lázlo Tóth gerät schnell in die Fänge des

einflussreichen Unternehmers Van Buren (Guy Pearce), der ihm den großen Ruhm verspricht. Tóth wird trotz mehreren Rückschlägen und neu zu durchlebenden Traumata den *American Dream* doch noch finden. Seine Kunst, wenngleich nie fertiggestellt, wird zur Anerkennung finden.

The Brutalist gibt sich zunächst als breitflächiges Biopic zu erkennen, der als große Americana angelegt ist. Wenn man aber dem Namen Lázlo Tóth in Bezug auf die Stilrichtung des Brutalismus kaum etwas abgewinnen kann, ja noch nie von ihm gehört hat, dann deshalb, weil es ihn gar nicht gibt. Tóths Figur ist reine Fiktion, die Corbet mit viel Mühe sehr detailreich aufleben lässt: in der Ausstattung, den Kostümen, den Dekors und einem vortrefflichen Adrien Brody, dessen Schauspielbild aus *The Pianist* (2002) von Roman Polanski freilich überaus bedeutsam ist. *The Brutalist* ist im Gewand des Biopic eine Illusion über den Illusionscharakter des Kinos.

The Brutalist wurde bereits vor dem Festival als der große Favorit für den Goldenen Löwen für den besten Film diskutiert. Nicht zuletzt, weil Corbet mit seinen beiden vorigen Filmen zu so etwas wie einem Ziehkind der Filmfestspiele Venedig avanciert war. Er gilt vielen als der europäische Auteur, der in Amerika Filme macht, oder noch als der Amerikaner, der sehr europäische Filme über Amerika macht. *The Brutalist* behauptet sich so sehr auf seinen Wahrheitsgehalt, dass man ihm ganz verfallen will. Auch das ist Kino. Der Regiepreis ist für Corbet eine Ausgangsposition, die eine große Karriere in Aussicht stellt.

Die große Überraschung bei der Preisverleihung am Samstagabend war jedoch Pedro Almodóvars *The Room Next Door*. Julianne Moore und Tilda Swinton spielen darin zwei Freundinnen, die sich mit der Frage nach dem selbstbestimmten Sterben auseinandersetzen müssen. Basierend auf der Romanvorlage der US-Amerikanerin Sigrid Nunez *Are You Okay?* aus dem Jahr 2022 entwickelt Almodóvar ein Duell zweier Schauspielgrößen, die über die großen Sinnfragen des Lebens nachdenken, denn das Freundschaftsverhältnis von Ingrid (Moore) und Martha (Swinton) wird auf die Probe gestellt: Martha ist krebskrank und will selbstbestimmt in den Tod gehen. Die sehr lebensfrohe Ingrid will diesen Entschluss nicht wahrhaben. *The Room Next Door* ist klarer ein Alterswerk, in dem Almodóvar mit sehr viel Feingefühl den Themenkomplexen seines bisherigen Werkes nachspürt – ohne Dramatik, ohne tränenreiche Wendepunkte, ganz kammermusikalisch auf die Präsenz seiner zwei Hauptdarstellerinnen fokussiert. Mehr braucht er nicht, um großes Gefühlskino, im noblen Sinne des Wortes, freizusetzen. ●



Szene aus Brady Corbets
The Brutalist

Nicole Kidman in
Babygirl



CLÉS DES SOLS (7)

Les friches, nouvel eldorado

Erwan Nonet

Suivant l'exemple pionnier de Belval, de plus en plus de friches industrielles sont en cours de reconversion. Une démarche vertueuse, mais coûteuse comme l'explique le Fonds du logement, qui mène de grands projets à Wiltz et à Dudelange

La semaine dernière, nous avons vu que bien qu'il soit impératif de construire davantage de logements, il fallait aussi économiser au maximum les terres agricoles. Notre responsabilité à ce sujet est d'autant plus grande que beaucoup d'autres vont disparaître en Europe (notamment au sud) à cause des effets du changement climatique. Rappelons que ceux-ci se manifestent plus rapidement que les scientifiques du GIEC l'avaient prévu.

L'Union européenne s'est emparée du sujet dès 2011 en érigant le principe du « zéro artificialisation » d'ici 2050. Doctrine non contraignante actuellement, elle propose aux États et aux collectivités locales de mettre en place des outils permettant de sauvegarder les bons sols en tirant le plus de profit possible des surfaces déjà artificialisées. Parmi elles, les friches sont des territoires prioritaires à explorer. Qu'elles soient industrielles, commerciales ou résidentielles, elles sont souvent situées en contexte urbain et facilement desservies par les transports publics.

Il se trouve que le passé sidérurgique livre beaucoup d'opportunités de ce type au Grand-Duché, environ 1 200 hectares dans le sud du pays. Le grand exemple est évidemment Belval, dont le dernier haut-fourneau s'est éteint en 2017, laissant 120 hectares à l'abandon. En créant en 2002 une structure originale pour piloter un ambitieux programme de reconversion, l'État et ArcelorMittal ont posé les bases d'un nouveau quartier dont l'évolution, quoi qu'on pense de son caractère architectural, a profondément modifié l'ADN d'une région qui tardait à se relever de son passé industriel. Agora, que se partagent à parts égales les deux actionnaires, a incontestablement réussi sa mission.

Que les friches soient industrielles, commerciales ou résidentielles, elles sont souvent situées en contexte urbain

Belval est le premier exemple, mais il n'est pas le seul. Citons l'ancien plateau du funiculaire à Differdange qui a vu pousser la résidence Arboria et le centre commercial Opkorn. Plusieurs autres sites sont en cours de développement ou vont bientôt l'être : Rout Lëns et Metzschmelz à Esch-sur-Alzette, Schiffange, Neischmelz à Dudelange... Bien que ces programmes soient souvent très lents à préparer puis à développer (Belval faisant exception), le Luxembourg est ainsi en passe de devenir un spécialiste de ces reconversions vertueuses.

Arrêtons-nous sur deux projets, parmi les plus importants, qui vont occuper les deux prochaines décennies : ceux de Wiltz et de Dudelange. L'un est une ancienne friche industrielle où se sont implantées de multiples industries au fil du temps, c'est Wiltz. Le long de la rivière, on y a vu jusqu'à une trentaine de tanneries à la fin du XIX^e siècle. Une activité qui nécessite des polluants tels que le sel de chrome, lequel produit des métaux lourds. La dernière fermait en 1961 et sera remplacée par une usine fabriquant des revêtements de sol (Tarkett), qui pliera bagage dans les années 1990.

L'autre est un ancien site sidérurgique d'ArcelorMittal, c'est Neischmelz à Dudelange. La première usine a été construite ici à partir de 1883 par la Société anonyme des Haut-Fourneaux de Dudelange. Le lieu s'est constamment développé jusqu'au milieu des années 1970, où le déclin de la sidérurgie lui sera fatal. Le laminoir et l'aciérie cessent de fonctionner en 1984, les haut fourneaux sont démolis en 1986 entre 1980 et 1986 et le site est définitivement abandonné en 2005. Le Fonds de Logement en devient propriétaire en 2016.

Si l'histoire des deux friches est très différente, elles possèdent un point commun : elles sont aujourd'hui toutes les deux entre les mains du Fonds du logement. « Wiltz et Neischmelz sont de tailles assez similaires, un peu plus de 30 hectares, » relève Jacques Vandivinit, directeur du Fonds. D'emblée, lorsque l'on évoque la complexité inhérente à la concrétisation de tels projets, il reconnaît que rien n'est simple. « Belval est le seul exemple comparable, mais le dispositif législatif n'a plus rien à voir avec ce qu'il était. Maintenant, monter les dossiers demande deux fois plus de temps. » Un exemple ? « À l'époque, il n'était pas nécessaire de réaliser une étude d'impact environnemental. Pour nous, cette obligation est arrivée en cours de planification. »

La loi n'est pas à jour

Le Fonds du logement déplore que l'État ne simplifie pas la tâche des aménageurs. « Le projet de loi sur la protection des sols et la gestion des sites pollués, déposé en 2018, n'est toujours pas voté, sans que l'on sache vraiment pourquoi », regrette Jacques Vandivinit. « Cela complique la vie de tout

La friche industrielle à Wiltz



Sven Becker

le monde, la nôtre, mais aussi celles des administrations wui doivent nous donner les autorisations. Puisque les bases légales actuelles sont obsolètes, il faut sans cesse discuter pour trouver des compromis. Or, comme ce sont de nouveaux défis, nos partenaires étatiques ont parfois du mal à trancher... Avec une loi qui définirait des règles claires et une simplification des démarches administratives, nous gagnerions énormément de temps. »

Ce manque de clarté est clairement un frein, mais il ne remet pas en cause la motivation du Fonds du logement. « Nous sommes très fiers de travailler sur ces friches. Transformer ces ruines polluées en lieux où les gens vont vivre, travailler et s’amuser est extrêmement motivant. Bien sûr, prendre un champ aurait été plus simple, mais je crois que notre rôle est aussi de montrer l’exemple. Il y a dix ans, nous n’avions pas les compétences pour entreprendre ces projets, mais nous les avons développées. Nous discutons aussi beaucoup avec Agora et IKO pour partager nos expériences et nos apprentissages, il y a une belle émulation autour de ces programmes. »

Le transfert de connaissances est bienvenu, car, effectivement, réveiller une friche industrielle est compliqué, long et coûteux. Avant tout autre chose, la première tâche est de cartographier les pollutions. Ce sont des bureaux d’études spécialisés qui s’en chargent, en collaboration étroite avec le ministère de l’Environnement. Ces études permettent d’identifier la présence des polluants et leur toxicité, des informations indispensables pour mettre en place les plans de gestion qui devront être validés par les différentes administrations.

Cette cartographie sera un élément essentiel dans le devenir du futur quartier. Les plans directeurs, masterplans et PAP seront élaborés en fonction des indications qu’elle contient. Aucun logement ne sera développé dans des secteurs très pollués, par exemple. Elle permettra aussi de déterminer où il sera interdit de construire des sous-sols et où on ne pourra pas planter de potager (ou alors en hauteur) ou d’arbres fruitiers, car les fruits et légumes pourraient être contaminés.

« Ces précautions sont nécessaires, mais il ne faut pas non plus exagérer les risques », soutient Jacques Vandivinit. « On ne peut pas créer d’endroits absolument confinés et quantité de villes et de villages sont construits autour de sites industriels. Je me souviens qu’à Wiltz, lors d’une fête des voisins que nous avons organisée il y a quelques années sur le quartier, un couple de personnes âgées nous expliquait qu’il était content parce que maintenant, il n’y avait plus de suie sur les tomates de leur jardin. Je ne crois pas que leurs futures tomates seront moins saines que les anciennes ! »

Tout n’est pas à jeter

Mais que faire des terres polluées ? Tout est une question de gestion des risques. Pour les plus lourdement atteintes, notamment aux hydrocarbures, il n’y a rien d’autre à faire que de les excaver pour les envoyer vers des décharges spécialisées, souvent en Allemagne, où elles seront stockées. « Cette solution est coûteuse et induit des nuisances à cause du transport, nous la retenons uniquement quand on ne peut pas faire autrement », assure Michel Gira, responsable du service Projets de grande envergure au Fonds du logement.

« Nous préférons que les travaux de dépollution aient lieu directement sur le site, d’autant que sur ces friches, contrai-

Non seulement ils améliorent la santé écologique de ces espaces, mais ils réparent aussi l’urbanisme des villes en dynamisant des intervalles jusque-là complètement inutiles

rement aux Baulücken, nous avons la place d’organiser ces opérations », ajoute Jacques Vandivinit. Les terres peu ou moyennement polluées sont donc entreposées sur place, selon leurs caractéristiques. Elles peuvent être concassées et criblées, si besoin. « Nous les réutilisons à des endroits où elles ne poseront pas de problèmes, par exemple en tant que ballast sous la voirie ou pour former les plates-formes sous les bâtiments », précise Michel Gira. Les terres les plus légèrement souillées peuvent également servir de remblai dans des localisations moins sensibles, comme les parkings ou les zones d’activités économiques. La réglementation y est moins stricte dans les zones résidentielles ou les complexes scolaires, par exemple. Ces réemplois se font toujours avec l’aval des différents services du ministère de l’Environnement, qui s’assurent qu’aucun risque de pollution secondaire ne soit encouru. « Le phytomanagement est une nouvelle option que nous utilisons de plus en plus souvent », relève Jacques Vandivinit. Certains végétaux sont effectivement capables de stabiliser, extraire ou dégrader efficacement des polluants.

Les coûts engendrés par ces travaux préparatoires sont très importants. À Wiltz, la facture de l’assainissement et la revalorisation des friches (renaturation de la Wiltz et de ses berges incluses) s’élève à 66 millions d’euros, un montant déterminé par la loi du 29 juin 2021. L’assainissement de Neischmelz et la renaturation du Diddelengerbaach coûteront, eux, 91 millions d’euros. Normalement, ces travaux devraient être à la charge du pollueur, mais, dans les faits, c’est souvent plus compliqué que ça. L’État a ainsi acquis les sites dudelangeois et wiltzois pour un euro symbolique en prenant la charge de la dépollution. « Aujourd’hui, il est difficile de savoir si c’était un bon deal ou pas », reconnaît Jacques Vandivinit.

Michel Gira fait remarquer que ces coûts sont à mettre en perspective avec les bénéfices durables engendrés par ces grands chantiers. Non seulement ils améliorent la santé écologique de ces espaces, mais ils réparent aussi l’urbanisme des villes en dynamisant des intervalles jusque-là complètement inutiles et en proposant de nouveaux logements, denrée si précieuse au Luxembourg. Quant à la rentabilité

économique des opérations, c’est une autre question. Les deux programmes sont caractérisés par des densités assez basses et donc un volume de logements pas aussi important qu’il aurait pu être. « Des choix politiques », commente le responsable des grands projets.

Pas sans l’État

Est-ce à dire que des projets d’envergure ne peuvent être pilotés que par la main publique ? L’exemple d’IKO, qui développe le quartier Rout Lëns à Esch-sur-Alzette montre qu’un développeur privé peut le faire, mais il reste une exception. « Avec des budgets comme ceux que nous mettons en œuvre à Wiltz et Dudelange, qui comprennent aussi l’assainissement, il est très compliqué d’espérer un retour sur investissement », reconnaît Jacques Vandivinit. « À moins de livrer des logements très chers, mais ce n’est évidemment pas notre objectif. »

Car le paradoxe est que ces projets très onéreux sont destinés à augmenter le parc de logements sociaux et de logements abordables. À Dudelange, 55 pour cent des logements seront réservés à la location et 45 pour cent à la vente. Les loyers des logements abordables seront calculés selon le revenu net disponible des futurs habitants. Ces loyers s’adapteront en fonction de la situation des locataires. Ils baisseront si celle-ci se dégrade, mais monteront quand elle s’améliorera. Les ventes, elles, seront proposées en emphytéose. « Nous ne vendrons que le bâtiment, pas le terrain, et pratiquement à prix coûtant », explique Jacques Vandivinit. « Sans avoir à payer le foncier et grâce au plafonnement des coûts de construction que nous mettons en place, nous parvenons à offrir des prix très compétitifs. »

Développer les friches industrielles est une très bonne réponse au nécessaire maintien des sols cultivables et aux forêts. Après de longs attermolements, le Grand-Duché s’y est enfin mis et c’est une excellente nouvelle. Mais compte tenu de leur coût élevé, ces projets sont indissociables d’un soutien fort de l’État. ●



Jacques Vandivinit et Michel Gira du Fonds du Logement



L'expo Pause au Frac Lorraine

Démontage et remontage de l'Histoire

Loïc Millot

Au Frac Lorraine, les artistes réflètent ce qui subsiste et ce qui se perd

Sur fond de guerre au Proche-Orient, le Frac Lorraine interroge l'Histoire et ses images via sa nouvelle exposition, *Pause*, qui se tient jusqu'au 9 février 2025. Conviant sept artistes et des supports aussi variés que l'installation, la peinture, la photographie ou la vidéo, la manifestation messine donne notamment toute place aux puissances du montage. Procédé technique par lequel prend forme une pensée associative, le montage n'est pas le propre du cinéma, même si celui-ci en aura fait bon usage, à la fois pour articuler ses récits et satisfaire le commerce des histoires. Ont apparu en effet des collages cubistes qui convoquaient sur la toile des objets du quotidien, des photomontages anti-fascistes (John Heartfield) ainsi qu'une littérature avant-gardiste sous influence cinématographique, de *Manhattan Transfer* (1925) de John Dos Passos à *Berlin Alexanderplatz* (1929) d'Alfred Döblin, parmi d'autres. Plus simplement, on peut voir une forme de montage dans une liste de courses,

l'alignement des produits sur les rayons des magasins ou la succession des enseignes dans la rue...

À *Pause*, le procédé de montage est le moyen privilégié de deux artistes : Nidhal Chamekh et Sven Augustijnen. Dans la lignée des travaux du philosophe Georges Didi-Huberman menés à partir de l'*Atlas Mnémosyne* (1921-1929) d'Aby Warburg et de la *Kriegsfibel* (1955) de Berthold Brecht, Nidhal Chamekh a conçu une série de dessins de moyen format suspendus à des échafaudages. Rassemblées sous le titre « *Et si Carthage ?* », ses esquisses imaginent ce qui se serait passé si l'antique cité n'avait pas été prise et détruite, sous la domination de l'Empire romain. Pour donner forme à cette hypothèse, l'artiste tunisien a réuni sur un canevas blanc des signes visuels provenant de registres et de temporalités hétérogènes. Il sélectionne des photos d'archives, qu'il retranscrit à la main sur la toile – des effigies

fragmentaires de dieux païens, de statue grecque, de coiffures étrusques ou égyptiennes – auxquelles il mêle des éléments plus récents pour prendre position politiquement. Sur l'un de ses dessins, on peut

C'est un tour du monde vertigineux auquel nous convient ces images montées ensemble et mises côte-à-côte

lire par exemple « *Mare nostrum* » ; à côté de cette inscription, on identifie la représentation d'une embarcation ainsi que des pieds enchaînés qui nous renvoie au temps de la colonisation et de l'esclavagisme.

Autrefois porteuse d'un rêve commun entre l'Orient et l'Occident, ainsi que l'a si bien formulé Fernand Braudel, la mer méditerranéenne est confrontée à ce qu'elle est devenue aujourd'hui : un vaste cimetière à ciel ouvert, funeste objet de politiques nationalistes et de chantages humanitaires... Ce cynisme, c'est aussi celui qu'orchestre le régime fasciste avec le salut de femmes libyennes au passage du Duce, scène visible dans un autre dessin de Nidhal Chamekh. « La complexité des images est centrale dans mon travail, il s'agit toujours d'ouvrir des formes a priori directes vers leur irréductible profondeur, en les reliant à d'autres formes, d'autres contextes et d'autres espaces temps », confiait-il en 2015 dans un entretien avec Emma Chub.

YVAN EN AVIGNON

Quel pastis !

IIII Yvan

On trouve dans le travail de Sven Augustijnen certains motifs précédemment visités par l'artiste tunisien, à commencer par le contexte de colonisation qui est omniprésent dans sa sélection documentaire. L'artiste né en 1970 à Malines (Belgique) investit de son côté tout un espace en procédant, lui aussi, par montage – en l'occurrence, un assemblage de différents numéros laissés grand ouverts de *Paris Match*, véritable référence à l'époque en termes de photoreportage. Un grand enchevêtrement de luttes et de conflits prend ainsi forme, dont Augustijnen fait à la fois étalage et collection : guerre du canal de Suez, arrestation de Lumumba en 1959 au Congo, la prise d'otages de Stanleyville, la venue de la reine Elisabeth au Ghana, la disparition de Che Guevara en Afrique...

C'est un tour du monde vertigineux auquel nous convient ces images montées ensemble et mises côte-à-côte. Ce matériau documentaire qu'il expose sur de grandes tables, Augustijnen nous invite à le regarder d'un œil critique, attirant notamment notre attention sur la récurrence d'un fusil, motif et fil conducteur de son installation. Il s'agit du FN FAL, un fusil automatique léger fabriqué en Belgique qui fut, précise le fascicule remis à l'entrée du Frac, surnommé le « bras droit du monde libre » et qui a connu une large diffusion dans les années 1950, tant dans les pays communistes que de l'autre côté du bloc soviétique.

Genre ayant émergé dès l'Antiquité, les natures mortes peintes par Banele Khoza accompagnent la progression du parcours. Intitulées *My Mother's favourite chair* (2022), ces natures mortes, qui représentent des fleurs, métaphore de l'existence et de son caractère éphémère, cristallisent elles aussi les soubresauts de l'histoire de l'art. Les couloirs laissées apparentes par l'artiste viennent dépeindre ces tensions sous-jacentes. Les natures mortes furent en effet un moyen de propagande pour des Provinces-Unies tout juste émancipées du joug espagnol ; par leur intermédiaire s'est affirmée tout à la fois une puissance commerciale, une période de prospérité économique et d'abondance alimentaire, à l'oubli et au mépris de l'exploitation des ressources coloniales opérée en Afrique du Sud notamment.

Aujourd'hui encore, Amsterdam demeure la capitale du marché de l'art et de tout collectionneur en quête d'objet particulier. Les bouquets peints par Banele Khoza sont mis tout au long du parcours en rapport avec les instantanés pris par Rehaf Al Batniji (*Gaza Timezone*, 2022-2023). Se refusant à représenter la zone de conflit, où elle résidait, l'artiste palestinienne insiste au contraire sur les aspects ordinaires de la vie. Une vie quotidienne qu'elle a dû fuir après le 7 octobre pour rejoindre, depuis, la Cité internationale des Arts à Paris. Plus gaîment, l'artiste allemand Peter Piller compile des photos montrant des personnes se pencher sur des trous, des bouches d'égout le plus souvent (*In Löcher blicken 1 & 2*, 2000-2006). C'est au cours de ses études d'art qu'il se met à compiler sur le sujet des coupures de presse. Une façon amusante et pertinente de composer une Histoire dialectique, entre ce qui subsiste et ce qui se perd, entre ce qui résiste à la disparition et ce qui sombre dans l'oubli. D'où l'apparence fragmentaire de la plupart des œuvres exposées lors de ce moment bienfaisant de *Pause*. ●

Pause, au Frac Lorraine, 49 Nord 6 Est, jusqu'au 9 février 2025. À noter : des séances du film de Naeem Mohaiemen, *Two Meetings and a Funeral* (2017), qui retrace l'histoire des pays non-alignés, sont organisées en marge de l'exposition. Cycle de projection disponible sur le site internet du Frac Lorraine.

À l'heure où vous lirez ces lignes, le président de la République, ou ce qu'il en reste, se sera peut-être résolu à la déprocrastination en nommant enfin un premier ministre. Mais en ce matin du mercredi 4 septembre, en pleine crise politique et budgétaire, en pleine liesse paralympique, en plein orage de l'après 15 août, ici, en Provence, on a d'autres chats à fouetter. Pensez-vous : les pastis Ricard, enfants de Marseille, ont signé un accord publicitaire avec l'ennemi de Paris. Le deuxième groupe mondial de boissons alcoolisées a trahi l'Olympique de Marseille pour le Paris Saint-Germain, obligeant les enfants de Pagnol de boire le pastis jusqu'à la lie. Le PSG va désormais s'appeler Pastis Saint-Germain !

Oh certes, la loi Evin interdit la publicité pour l'alcool en France et limite donc cet accord à l'international, mais rien que l'idée de voir les Teutons, les Angliches et autres Amerloques admirer des Parisiens usurper un maillot jaune Ricard fait douter Phocéens et Provençaux de leur identité. Au pays de Fanny, Marius et César, on se fâche tout rouge et rit tout jaune de cette pagnotade, tout en se ruant sur le journal *La Provence* qui consacre toute sa une au scandale. Une goutte de pastis a réussi à troubler non seulement l'eau de la Grande Bleue, mais l'ADN même des Provençaux. Car Ricard est aux Marseillais ce que Charly Gaul est aux Luxembourgeois et la Citroën DS aux Français, une mythologie digne de Roland Barthes. Et c'est ainsi qu'autour des zincs du Vieux-Port et sur les réseaux sociaux, on se promet de ne plus boire que du Pernod ou du 51, oubliant un peu vite que ces ersatz sont tombés eux aussi dans l'escarcelle du groupe traître.

Parions alors que les fous du Stade Orange Vélodrome vont se rabattre sur le Casa-

nis, l'anis préféré des Corses dont Marseille est la plus grande ville, loin devant Bastia et Ajaccio. Au fameux Bar de la Marine, on murmure même qu'on s'apprête à décrocher l'iconique photo qui montre Fernandel trinquer avec... Paul Ricard. Et les hooligans du fameux Virage Sud rêvent déjà de faire la peau à « Ricard qui aime trop le Qatar ». Les Romains appelaient affectueusement *Mare nostrum* leur Méditerranée que Charles Trenet faisait valser le long des golfs clairs. « Mater nostra » apostrophaient les Provençaux leur boisson emblématique dont les gorgées, désormais, vont leur rester en travers du gosier. Mais en Aquitaine aussi, l'angoisse et le doute s'installent. Que se passerait-t-il en effet si Ricard vendait une autre de ses marques, le fameux Lillet, emblématique apéritif de Bordeaux, à sa rivale La Rochelle ?

En cette époque d'identités chancelantes, l'oralité fait presque figure de dernier liant social, que ce soit à travers la langue, la bouffe ou la boisson. Pastis et patois, même combat identitaire ! Gageons alors que le Front National ne tardera pas à revendiquer la préférence provençale pour le Ricard et que Macron, qui a maintes fois proclamé son amour pour Marseille, profitera de l'affaire pour faire digression sur son incapacité à rassembler les Français. Peuchère, il faut bien admettre que cette histoire de pastis pastiche la situation politique, car *Le Robert* nous apprend que pastis désigne aussi une situation confuse et inextricable. Et que le louchissement, ce phénomène physique qui blanchit et jaunit l'eau au contact du pastis, a bien opacifié aussi la mare des politiques.

À l'heure où vous lirez ces lignes, Michel Barnier sera-t-il encore premier ministre ? En effet, l'encre du billet d'Yvan n'est pas

encore sèche, pardon, le clavier résonne encore du tapotement des doigts de votre serveur, que Ricard, devant le tollé des Marseillais, annule le contrat commercial conclu avec le PSG, et que Macron, devant l'impatience des Français, annule le contrat démocratique conclu avec les électeurs. Déniant la (relative) victoire de la gauche, il a dû se dire que c'est dans les vieilles casseroles qu'on fait la meilleure popote et nomme Michel Barnier, le montagnard, premier de cordée. Charles Pasqua, gaulliste de droite et ex-VRP de Ricard, peut se re-retourner dans sa tombe.

Le nouveau premier ministre, négociateur du Brexit, engagera-t-il dans la foulée l'exit de la V^e République ? C'est en tout cas un des oiseaux rares à ne pas vouloir détricoter les réformes de celui qui n'est plus Jupiter et à ne pas trébucher dans l'immédiat sur une censure du Front National qui est content de ne pas voir à Matignon un « immigrationniste dingue ». Et c'est vrai que l'ex-commissaire européen a déjà réfléchi à haute voix comment échapper à la tutelle bruxellois en matière d'immigration.

En dissolvant l'Assemblée Nationale, Macron voulait affaiblir l'extrême-droite. Il n'a réussi qu'à en faire l'arbitre du jeu politique et à en devenir l'otage. La mythologie grecque, pourtant, aurait dû lui apprendre qu'à force de louvoyer avec la sentence de l'oracle de Delphes, on ne fait que précipiter son échéance. Il est vrai que les prophéties de la Pythie étaient aussi confuses et difficiles à interpréter que le résultat des dernières législatives, mais vouloir jouer au plus malin avec elles, c'est ouvrir toutes grandes les portes au Malin. Crésus, Laïos et les Atrides, pour leur malheur, en savent quelque chose, Marine Le Pen, pour son bonheur, aussi ! *Caeterum censeo* : Pim Knaff doit démissionner. ●

D'GEDICHT VUN DER WOCH

D'Grouss Kommissioun

IIII Jacques Drescher



D'Madame von der Leyen
Weess net ofzweien:
Si schwätzt mat zwou Zongen
A schafft mat de Brongen.

D'Giorgia Meloni
Huet doduerch de Boni,
An den Här Kartheiser
Fillt sech bal als Kaiser.

D'Bréisseler Despoten
Wëllen och keng Quoten,
Well an hiren Aen
Brauch een net méi Fraen.

't geet ëm déck fett Plazen,
Fir déi se sech kazen,
An deen aarme Schmit,
Well deen näischt huet kritt..

Totschlagargument

IIII Claire Schmartz

Die „Jocelyne-Files“: Geschichten aus einer (vielleicht nicht allzu) fernen Zukunft

Mit dem mehrsprachigen „satirischen Märchen“ *Ditteridi* wagt Charles Meder ein spannendes formales Experiment, hinter dem die eigentliche Handlung jedoch schnell in den Hintergrund rückt.

Ditteridi ist eine Collage aus verschiedenen Textsorten und fiktiven Medien – aus Internetseiten, Disclaimern, Fehlermeldungen, Werbung, klassischer Prosa in dritter Person Singular, Dialogen, inneren Monologen, einem Manifest, Kommentarspalten aus dem Internet und vielem mehr. Es wimmelt nur so von Sonderzeichen und Zahlen. Als wäre selbst das Layout, ganz im Sinne einer postmodernen Sichtbarmachung aller angewandter Mittel, speziell für die Leser/innen offengelegt worden. Das Buch bezeichnet sich selbst als „Multilevel VR/AR Fairy Tale“ und reizt so die Genregrenzen dessen, was auf dem Cover und im Untertitel angekündigt wird, maximal aus. Selbst innerhalb der Erzählung verschwimmen die narrativen Grenzen; Figuren werden zu Figuren in einem Roman innerhalb des Romans, und eine Gruppe Wühlmäuse sorgt für furchterregendes Chaos ...

Wir schreiben einen ominösen „Mettwoch am Juli vun deem wäermste Summer, dee jeemols zu Lëtzebuerg gemooss gouff“, in einer nicht allzu fernen, modernen Zukunft, die fest in der Hand der „Neisten Generatioun“ ist. Größtenteils folgen wir der Autorin Jocelyne und hören ihr bei einer Lesung ihres neuen Buches, bei Gesprächen und bei ihren Betrachtungen zu. Hier trifft Gesellschaftskritik auf Kritik am Luxemburger Kulturbetrieb. Ironisch, satirisch und mit gerümpfter Nase beschreibt die Autorin nicht nur *en passant* die moderne Gesellschaft und ihre Schräglagen, hinterfragt die Werte und Einstellungen ihrer Zeit, sondern mokiert sich immer wieder über den Kritiker „jr“, der ausschließlich unter diesem Kürzel veröffentlicht und daher auch so genannt wird. In der Handlung ist Jocelyne Teil einer Riege Autorinnen, die gegen die Literaturkritik kämpft, die zu einem Großteil von „alten weißen Männern“ verfasst wird. Die Kritik an der Literaturkritik wird schnell zum rekurrenten Motiv – und sie kommt dabei natürlich nicht gut weg. So widmet sich zum Beispiel eine lustige Szene den betrunkenen, taktlosen und hohen Kritikern am Pissoir.

Es wäre etwas müßig, in einer Kritik über ein Buch, das Literaturkritik kritisch beäugt, auf ebendiese Kritikpunkte einzugehen. Vor allem fällt jedoch auf, dass sich dieses Thema in einen größeren Zusammenhang einzuordnen scheint: Haben nicht im Laufe dieses Jahres die Autoren Guy Helming und Guy Rewenig Texte über die Literaturkritik in Luxemburg veröffentlicht? Aktuell wird scharf geschossen aus den Riegen der Schreibenden, wenn auch die Kritiker/innen, so weit ersichtlich, in der Öffentlichkeit schweigen und sich eher bedeckt halten. Doch was hat diesen Aufstand der Autoren gegen die Literaturkritik angezettelt? Ist es die Angst des alten weißen Mannes, die hier im Schafsfell einer Autorin versteckt wird? Dass Kritik auch nur ein, wenn auch geschulter, so doch subjektiver Blick auf Texte ist, steht gewiss nicht zur Debatte. Vielmehr wird die Literaturkritik in *Ditteridi* schnell zum Stellvertreter dieser zukünftigen Gesellschaft, durch die sich Jocelyne bewegt: Sie steht für eine Normierung und Schwarz-Weiß-Malerei, die Maßstäbe setzt und Grenzen zieht. Es geht um Ausgrenzung, um Totschlagargumente und den Eindruck einer Normierung dessen, was

„absolut richtig“ ist, „was (noch) gesagt werden kann“ oder als Kunst anerkannt wird; alles Andersartige soll verboten und mundtot gemacht werden. Dabei geht es im Roman auch um Fremdenfeindlichkeit, Angst vor Neuem und um Vorurteile in allen Lebensbereichen, sei es Politik, Identitäten oder im Alltag.

Der Effekt der Collagen aus unterschiedlichen Text- und Dokumenttypen und Zeichnungen von Eric Steffen hat es in sich und vermittelt den Eindruck einer erratischen, in ihrer Akribie und gleichzeitigen Beliebigkeit nahezu psychotischen Archivierung loser Dokumente und Zeitzeugnisse, deren Zusammenhang sich mal mehr, mal weniger erraten lässt. Es macht Spaß, sich durchzuackern, verwirrt zu sein, zu stutzen und zurückzublättern. Ein spannendes Format, wenn auch die eigentliche Handlung weitaus bodenständiger ist. ●

Charel Meder & Pierre Louis II: *Ditteridi. E satirescht Märche vun der Neister Generatioun.* Lëtzebuergesch. Op der Lay 2023. 164 S. 25,90 Euro



Avis de marché

Procédure : 10 européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Date limite de remise des plis :
09.10.2024 10.00 heures

Intitulé :
Soumission relative aux travaux de ventilation à exécuter dans l'intérêt du réaménagement du Bâtiment administratif à Esch-Belval.

Description succincte du marché :
Travaux de ventilation.

Critères de sélection :
Les conditions de participation sont précisées au cahier des charges.

Conditions d'obtention du dossier :
Dossier de soumission à télécharger gratuitement sur le

Portail des marchés publics
www.pmp.lu

Réception des plis :
La remise électronique des offres sur le Portail des marchés publics est obligatoire pour cette soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les date et heure fixées pour l'ouverture.

N° avis complet sur *pmp.lu* :
2401993

Syndicat Intercommunal de Dépollution des Eaux résiduaire du Nord (SIDEN)

Avis de marché

Procédure : 01 ouverte
Type de marché : Travaux

Date limite de remise des plis :
25.10.2024 10.00 heures

Lieu :
L'ouverture de la soumission aura lieu dans la salle des soumissions affichée à la réception du bâtiment administratif du SIDEN, à Bleesbruck, L-9359 Bettendorf.

Intitulé :
Assainissement de la commune de Parc Hosingen

Description :
U0070-18 Construction d'une station de pompage à Hoscheid-Dickt – Travaux de génie civil (lot 1) et d'équipements électromécaniques (lot 2).
Lot 1 intitulé :
Lot 1 : Génie civil
Description : Travaux de génie civil;
Lot 2 intitulé :
Lot 2 : Équipements électromécaniques
Description : Travaux d'équipements électromécaniques.

Critères de sélection :
– Effectif minimum en personnel

de l'opérateur économique dans le métier concerné : 50 personnes (LOT 1).
– Nombre minimal des références pour des ouvrages de la même nature : 3 références (LOT 1 et LOT 2). Démolition du pont existant.
– Chiffre d'affaires annuel dans le métier concerné : 250 000 euros (LOT 2).

Modalités visite des lieux/réunion d'information :
La visite des lieux est laissée à l'appréciation du soumissionnaire.

Conditions d'obtention du dossier :
Sous peine de nullité, les documents de soumission sont à télécharger sur le Portail des marchés publics (www.pmp.lu).

Réception des plis :
Les offres sont à remettre à l'adresse et dans la salle prévue pour l'ouverture de la soumission ou à déposer sur le Portail des marchés publics (www.pmp.lu) conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les dates et heures

fixées pour l'ouverture. Les offres sous forme papier doivent porter l'inscription «Soumission pour...».

Autres informations :
Conditions d'obtention du dossier :
Il s'agit d'une adjudication par lots séparés. Le début des travaux pour le lot 1 est prévu pour janvier 2025 et le délai d'exécution est de 220 jours ouvrables. Le début des travaux pour le lot 2 est prévu pour juin 2025 et le délai d'exécution est de 160 jours ouvrables.

N°. avis complet sur *pmp.lu* :
2402016

Le bureau du SIDEN:
Fernand Mergen, président ;
Romain Schroeder, 1^{er} vice-président ;
Georges Majerus, 2^{ième} vice-président ;
Marc Keilen, membre ;
Annie Nickels-Theis, membre.

d'Lëtzebuurger Land

Fondé en 1954 par Carlo Hemmer, édité par Leo Kinsch de 1958 à 1983. Hebdomadaire politique, économique et culturel indépendant paraissant le vendredi. Publié par les Éditions d'Letzeburger Land s.à r.l., R.C. B 19029, N° TVA LU 12 12 40 22. La reproduction des articles et illustrations est interdite sans l'accord écrit de l'éditeur. **Gérant** Stephan Kinsch (48 57 57-1; land@land.lu). **Rédacteur en chef** Peter Feist (48 57 57-24; pfeist@land.lu). **Rédaction** France Clarinval (48 57 57-26; fclarinval@land.lu), Luc Laboulle (48 57 57-28; llaboulle@land.lu), Stéphanie Majerus (48 57 57 35; smajerus@land.lu), Sarah Pepin (48 57 57 36; spepin@land.lu), Pierre Sorlut (48 57 57-20; psorlut@land.lu), Bernard Thomas (48 57 57-30; bthomas@land.lu), **Mise-en-page** Pierre Greiveldinger (48 57 57-34; pgreiveldinger@land.lu), **Photos** Sven Becker (48 57 57-36; sbecker@land.lu), **Administration et publicité** Zoubida Belgacem (48 57 57-32; zbelgacem@land.lu) **Édition et rédaction** 59, rue Glesener L-1631 Luxembourg **Courrier** Boîte postale 2083, L-1020 Luxembourg **Téléphone** 48 57 57-1 **Fax** 49 63 09 **E-mail** land@land.lu **Internet** www.land.lu **Twitter** @Letzland **Facebook** d'Lëtzebuurger Land **Instagram** letzeburger_land **Impression** Editpress S.A. **Prix par numéro** 6,00 € **Abonnement annuel** 200,00 € **Abonnement étudiant/e** 95,00 € **Compte en banque** CCPL LULL : IBAN LU59 1111 0000 5656 0000

Teena Lange, taulière du Spektrum

IIII Godefroy Gordet



Teena Lange

Curatrice, chercheuse, et directrice artistique du lieu d'art « Spektrum » à Rumelange, Teena Lange a déjà fait le tour du monde pour la promotion de l'art de la performance, son crédo. La curatrice est revenue au Luxembourg pour tenir le Spektrum, projet né de la Capitale européenne de la culture Esch2022 et hébergé dans la maison du célèbre sculpteur Albert Hames. La curatrice y suit une ligne programmatique basée sur les pratiques culturelles et artistiques expérimentales et immersives, saupoudré d'un axe autour du tourisme créatif. Un plan très ambitieux pour le contexte géographique et spectatorial du lieu qui semble pourtant essentiel dans notre époque, répondant aux thématiques de l'interculturalité, de l'écologie, ou encore de la durabilité. Retour sur le parcours de Teena Lange, qui aura traversé les arcanes des arts visuels contemporains pour l'amener au Spektrum, maison de tous les possibles...

Genèse Teena Lange a étudié le théâtre, la littérature, la linguistique et l'art de la performance entre Leipzig, Paris et Berlin. Direction choisie par une forte passion pour la scène, elle qui y est montée dans son enfance. Mais elle se trouve plus encore passionnée par ce qui entoure la scène. « J'aime les arts vivants, travailler ensemble sur un projet, essayer, sentir l'air du temps, les discussions sans fin, les décisions créatives communes... », avoue-t-elle.

Le côté éphémère de l'art de la performance la fascine, « le moment en direct, la nécessité de la présence et du témoignage ». En performance

encore plus qu'au théâtre, l'inconnu, l'incertitude et la vulnérabilité gagnent en importance. « On ne sait jamais vraiment ce qui va se passer, comment les spectateurs vont réagir, quelle forme d'interaction, de réaction ou même de participation il y aura pendant la représentation », explique Lange. Bien qu'elle n'a jamais été artiste, la curatrice connaît bien la responsabilité qui incombe au curateur ou organisateur dans ce genre de moment artistique. Elle a une profonde compréhension des processus créatifs et de la complexité de la création sur base desquels elle conçoit la curation «qui se déroule toujours dans un échange permanent avec les gens et le monde, en lien avec l'histoire, les cultures et les rituels, et l'imagination d'un futur possible ».

Sous ce précepte, entre 2012 et 2015, elle a été co-curatrice du « Month of Performance Art Berlin », où justement l'accent était mis sur l'incidence d'une commissaire d'exposition dans la présentation d'une performance artistique. Face à une scène qu'elle décrit comme « très diversifiée, vivante et en constante évolution », la collaboration et la confrontation avec les artistes et le lieu concerné figuraient et demeurent au cœur de ses préoccupations. Ses expériences accumulées au fil des années l'amènent à une approche intuitive du type de collaboration dont le projet en question ou les personnes qui le composent auraient besoin. « Quel soutien, quel encouragement ou même quel défi sont nécessaires ici? » Elle estime que cela fait partie des tâches d'un curateur ».

En évoquant la performance, elle dit éviter les notions de public et de scène, de début ou de fin. L'absence du quatrième mur distinguerait la performance du théâtre pur. « La plupart du temps, la performance se déroule au milieu des visiteurs, par exemple, dans des espaces publics tels que la rue ». On peut être surpris par une performance, ce qui peut être irritant au quotidien. « On interrompt peut-être une routine, on est irrité, on change de perspective ». L'artiste qui offre performance ne joue finalement pas un rôle, il utilise les lieux communs de la vie quotidienne pour créer « de brefs moments de rencontre très simples qui peuvent toucher durablement ».

Fort d'une immense fascination et d'une expertise certaine pour l'art de la performance, Teena Lange – avec l'artiste de performance de renommée internationale Nikhil Chopra – cofonde en 2011 « Grüntaler9 », un espace berlinois dédié uniquement à l'art de la performance – notamment dite « durationnelle » – qui résume assez bien sa vision de la performance en tant que telle. « Jusqu'en 2023, Grüntaler9 a été un lieu d'accueil et de rencontre permanent pour la scène artistique de la performance berlinoise et internationale. Il y a eu des échanges à l'échelle mondiale avec d'autres mouvements, espaces de performance, festivals et institutions ». Une période qui l'a beaucoup marquée en tant que personne, curatrice et hôteesse et qui aura assurément construit la directrice artistique qu'elle est aujourd'hui. « Ce fut une confrontation très intense avec les questions de l'art de la performance, la documentation, les publications, les réseaux et la possibilité d'occuper son propre espace ».

Aujourd'hui Depuis le printemps 2022, Teena Lange dirige le centre culturel Spektrum à Rumelange. Sa construction au cœur de la ruralité luxembourgeoise aurait été un immense challenge dans sa construction au cœur de la ruralité luxembourgeoise. Une réussite architecturale signée par l'architecte Philippe Nathan et son équipe du Bureau 2001, sous commande de la ville de Rumelange. La particularité de la maison d'artistes serait « la possibilité de travailler de manière interdisciplinaire, c'est-à-dire de réunir l'art, la technologie et différentes approches scientifiques afin d'explorer des formes d'expression artistique entièrement nouvelles ».

Le programme mis en place ici, qui se trouve encore en phase de développement doit être créé en étroite collaboration avec la population locale. « Il est important pour nous que la communauté ne fasse pas seulement partie du processus,

mais qu'elle y participe aussi activement », explique la directrice du lieu. Cela implique donc pour elle et son équipe un dialogue permanent avec ceux alentours et surtout une veille quant à l'ancrage du lieu et ses projets sur le territoire. Ceci est une perspective centrale pour l'avenir, à l'image d'un « tourisme créatif » qui est, pour Lange un objectif à long terme. « Nous pensons qu'il se développera de manière organique une fois que notre programme sera bien établi et que nous pourrions montrer quelles expériences culturelles et artistiques uniques sont possibles ici. Mais pour l'instant, nous nous concentrons sur la création d'une base solide, avec des partenariats locaux solides et un programme à la fois innovant et pertinent pour la communauté ».

Ainsi, il se dit que Spektrum se veut forum pour « les questions du présent » et notamment celles de son territoire propre, là où environ 70 nationalités différentes et autant de traditions, idées et cultures se côtoient. Et plus encore dans le Minett, au Luxembourg et dans la Grande Région, où elles sont encore bien plus nombreuses. Teena Lange s'attarde sur cette particularité dans sa programmation, en se demandant, « quelles sont les cultures des gens, que vivent-ils, et qu'est-ce qui les motive, les préoccupe dans leur vie quotidienne ? »

Situé au cœur d'une réserve naturelle et dans les paysages inhabituels des Terres Rouges, pour sa directrice, Spektrum doit prendre en compte cet environnement. « Dans l'art et la culture, les processus durables jouent un rôle décisif, quels sont les matériaux utilisés, que peut-on apprendre de la nature ? Par exemple, comment le paysage s'est transformé après la fermeture des mines... » Comme elle l'évoque.

Et là est finalement l'artère principale de son idée pour Spektrum et c'est pourquoi elle a commencé le programme du lieu avec le titre de travail : *Making future heritage*. « Fondamentalement, il y a en permanence la question suivante: comment allons-nous apprendre ensemble du passé et construire ensemble l'avenir ? », demande Teena Lange. Alors, si le conseil d'administration de Spektrum cherche un Managing Director pour compléter l'équipe actuelle, Teena Lange poursuit son plan sereinement. Et bien que ce changement de cadre viendra forcément bousculer les lignes qu'elle a tracé, elle ne souhaite pas s'épancher sur cette question. Sourire aux lèvres, elle conserve une grande confiance en son projet et préfère conclure avec humour et décomplexion, en imaginant ce que pourrait être Spektrum, si tout était possible. ●

|||||

T
A
B
L
O

Bomien am Minett

Lovó erzählt die Geschichte der Stadt Esch aus der Perspektive von portugiesisch-sprachigen Großmüttern. In Lovo stecken die Wörter Love und avó (Großmutter auf Portugiesisch). Beleuchtet wird die Übermittlerrolle

dieser Großmütter aus Portugal und Kap Verde als Frauen, aber auch als Teile einer Gemeinschaft, die seit ungefähr 50 Jahren zur Gestaltung der Stadt Esch beiträgt. Das Projekt wird vom C2dh gefördert; es besteht aus Ausschnitten von Interviews mit den *Bomien* und Lichtinstallationen der



Künstler/innen Duarte Perry und Marieke Leene. Als Teil der Biennale 2024 wird vom 21. bis zum 29. September jeden Abend eine Führung durch die Ausstellung angeboten, die an mehreren Orten in Esch verteilt ist. (Foto: AI/Uni.lu) LAL

Aline Bouvy in Venedig

KulturLx und das Casino Luxemburg haben Aline Bouvy (*1974) als Künstlerin für den Luxemburger Pavillon der Biennale 2026 ausgewählt. Aline Bouvy wird nächstes Jahr im Casino ihre erste Solo-Show haben; auf ihr werden die Arbeiten für die

Biennale aufbauen. In ihrem Werk beschäftigt sich die Künstlerin mit dem Körper und seiner Geschichte, sei sie politischer, sexueller oder häuslicher Natur. Stilbé Schroeder ist die Kuratorin. Wichtig seien bei der Auswahl in erster Linie das internationale Profil und die Karriere gewesen, statt ein spezifisches Projekt, schreibt KulturLx. SP

Riffs in Seattle

Die Radiostation Kexp wurde 1972 an der University of Washington gegründet und war eine der ersten, die Nirvana und den

Grungesound der 90-er Jahre spielten. Seitdem hat Kexp mit seinem Programm ebenso wie mit seinen *Youtube*-Sessions alternativer Musik ein weltweites Publikum erobert. Umso schöner ist es, dass das luxemburgische Trio Francis of Delirium um Jana Bahrich, das sich nahtlos in den Seattle-Sound einreicht, nun selbst einen 30-minütigen Auftritt dort hatte. Der Kreis schließt sich: Jana Bahrich erklärte dem Moderator Kevin Cole, in ihrer Schulzeit die Kexp-Videos rauf und runter geschaut zu haben, etwa die Auftritte von Car Seat

Headrest, Snail Mail und Caroline Polachek. Sie erzählt ebenfalls, Luxemburg sei etwas klein für Tourneen, aber man könne ja in 30 Minuten in Frankreich oder Belgien sein. „I just want people to feel like they can be creative in Luxembourg. People could be more encouraged to go out and pursue their creative passions“, erklärte die Sängerin Kevin Cole. SP

Indésirables

IIII Cyril B.

Il est parfois difficile d'évaluer dès le début les effets négatifs de ce que les progrès technologiques nous permettent de gagner. Ou de perdre. Ainsi, avant l'invention du courrier électronique, pour envoyer un message à un correspondant il fallait prendre du papier, écrire ou imprimer un texte, acquitter un affranchissement et, le pire de tout, lécher une enveloppe avec sa langue. Par contre, les probabilités étaient extrêmement réduites de trouver dans sa boîte à lettres un courrier d'un prince déchu du Nigéria cherchant à faire transiter des millions de dollars imaginaires, ou un faux avis de la police judiciaire vous enjoignant de payer une amende dans les plus brefs délais.

Parfois, plus on avance sur le chemin du progrès, plus on doute sur le choix du chemin emprunté. Ainsi, avec l'intelligence artificielle, c'est désormais des messages *sans* faute d'orthographe dont il faut

se méfier : ils n'ont sans doute pas été écrits par des humains ! Ils sont également de plus en plus personnalisés, avec de fausses publicités pour Cactus, de fausses convocations judiciaires à notre nom, ou de faux bons de livraison plus vrais que nature. Du coup, on hésite un peu avant de marquer comme spam un message de la police, de crainte de ne pas réagir si l'on devait en recevoir un véritable.

Certes, dans le passé, on courait aussi le risque de jeter une facture de téléphone qui se serait glissée entre deux publicités pour Möbel Martin ou les vêtements Adler, mais le tri des prospectus ne semblait pas être une activité aussi prenante que l'est devenue la renaturation de sa boîte mail, particulièrement au retour de congés. Lire tous ses mails est déjà une activité harassante, si en plus il faut commencer à regarder ce qui a été

classé comme « spam », autant laisser son « out of office » une semaine de plus : « je suis bien rentré, mais dans l'incapacité de travailler jusqu'à la semaine prochaine ».

Ainsi, se développe une excuse toujours efficace. Lorsque vous n'avez pas répondu à un message, le classique : « je n'ai pas vu ton message, il a dû se retrouver dans mes spams » est aussi imparable que le plus subtil : « mais si, je t'ai bien répondu, mon message a dû se retrouver dans tes spams ». Ce n'est plus la faute de l'un ou de l'autre, mais celle de l'outil informatique, l'honneur de tous étant ainsi sauf. Et, une fois pour toutes, non, personne ne lit ses spams, sinon cela ça ne sert à rien d'avoir des spams.

Le fond du problème, c'est surtout qu'on n'est plus capables de gérer toutes ces informations. On se

retrouve comme l'accueil du service des urgences d'un hôpital, obligés de procéder à une régulation un peu grossière pour voir ce qu'on va traiter, et ce qui va plutôt être condamné à attendre, dans des limbes infinis, tout en bas d'une pile, dans le dernier tiroir, du dernier étage du dernier sous-sol. On a tous fait l'erreur de cliquer sur le bouton « spam » pour ne plus recevoir les centaines de notifications de LinkedIn ou d'un quelconque site de vente en ligne sur lequel vous avez commandé une serviette de toilette personnalisée il y a huit ans, et qui, depuis, vous harcèle tous les jours pour savoir si vous n'en voulez pas une de plus. C'est plus rapide que de se désabonner, mais c'est aussi ce qui laisse nos boîtes électroniques dans le même état que le Glacis le lendemain de la *Schueberfouer*.

S'il faut reconnaître au moins un avantage aux réseaux sociaux, plébiscités par les nouvelles générations pour communiquer, c'est de permettre de bloquer directement les importuns. C'est un filtre a priori : vous ne pouvez pas m'envoyer de message si vous ne faites pas partie de mon cercle. Dans la vie réelle, le même rôle semble dévolu aux énormes casques Bluetooth, signes ostentatoires de l'activation d'un filtrage sévère des échanges sociaux. Les chances de succès pour un harceleur de rue qui imagine séduire une inconnue en lui balançant une remarque sur sa beauté ou son style sont à peu près équivalentes à celles d'un arnaqueur qui espère que vous allez être poussés par l'envie d'investir dans le bitcoin une fois que vous aurez suivi un lien trompeur. Autant épargner à tout le monde ces insultes à l'intelligence. D'ailleurs, c'est la bonne résolution de la rentrée : activer le filtre antispam au niveau de son cerveau, et classer en « indésirable » tout ce qui ne correspond pas à une information vraiment utile.

land
13.09.2024



D'ailleurs, c'est la bonne résolution de la rentrée : activer le filtre antispam au niveau de son cerveau

M O S E L W E I N

Prost

Vergangene Woche wurde die 21-jährige Anne-Catherine Schiltz in Grevenmacher zur 74. Weinkönigin gekrönt. Mit Feuerwerk und Fackelumzug wurde sie in ihre neue Rolle eingeführt. „Et ass ee Kandheetsdram, a meng Mamm war och scho Wäikinnigin, ech si richteg frou“, sagte sie am Wochenende in *RTL-Télé*.

In der Pfalz wurde dieses Amt mittlerweile durch das eines „Weinbotschafters“ ersetzt. Das

Luxemburger Festkomitee plant jedoch keine derartige Modernisierung. Carole Clemens, Präsidentin des zuständigen Komitees, ist überzeugt, dass die Weinkönigin eine „wichtige Funktion erfüllt“ und das Amt in den kommenden Jahren in seiner jetzigen Form – mit Krone und bestickten Rücken – erhalten bleibt.

Anne-Catherine Schiltz wird in den nächsten zwölf Monaten bei rund 70 Auftritten die Moselregion und die Luxemburger Weine repräsentieren. Dem *Wort* erklärte Clemens, selbst eine ehemalige Weinkönigin, dass

bisher stets ein „Maacher Meedche“ Weinkönigin gewesen sei und diese Patres-Lokalität wohl auch weiterhin bestehen werde. Familiäre Wurzeln in einem Winzerbetrieb steigerten die Chancen, die Krone tragen zu dürfen. Da jedoch beobachtet worden sei, „dass eher die Mütter die treibende Kraft hinter einigen Bewerbungen waren“, werde jetzt ein Motivationsschreiben verlangt, in dem die Bewerberinnen ihre Beweggründe darlegen müssen, so Clemens.

Doch manchmal freut sich vielleicht der Vater über die Bewerbung. In der Doku *Den*

Dram vun der Kinnigin aus dem Jahr 2015 strahlt der Vater von Roxanne Hoffmann: „Ass dat mäi Meedchen?“ Der Uhrmachermeister und Juwelier aus Grevenmacher entwarf für seine Tochter eine Krone, die für jeden bedeutenden Moselort einen Edelstein enthielt. Er erhoffte sich womöglich durch



Roxannes Krönung zugleich Werbung für sein Schmuckgeschäft. 2020 übernahm Roxanne mit ihrem Lebensgefährten das Familienunternehmen und profitiert als ehemalige Weinkönigin von Pressekontakten: Das *Wort* berichtete bereits zweimal über ihr Geschäft.

Einige ehemalige Weinköniginnen nutzen ihre Popularität für politische Ambitionen. Tess Burton (LSAP) wurde 2004 zur Weinkönigin gekrönt, kurze Zeit später in den Gemeinderat gewählt und 2013 in die Abgeordnetenversammlung. Auch

die CSV-Ost-Abgeordnete Octavie Modert trug einst die Krone. CSV-Innenminister Léon Gloden ist ebenfalls eng mit dem Weinköniginnenreich verbunden – er war lange Zeit Präsident des Organisationskomitees, das die Krönung und das *Maacher Wäifest* ausrichtet. Seine vier Jahre jüngere Schwester Josiane zog 1996 als Weinkönigin durch die Moselregion.

Doch nicht nur hierzulande zieht es Weinhüterinnen in die Politik. In Deutschland machte es die CDU-Politikerin Julia Klöckner Octavie Modert nach.SM